

Protokoll

Initiator*innen: Bundesvorstand

Titel: **vorläufiges Protokoll der 44.
Bundesmitgliederversammlung**

Antragstext

1 Protokoll 44. Bundesmitgliederversammlung Campusgrün

2 03. bis 05. Dezember 2021

3 **Tag 1: 03.12.2021**

4 Beginn der Sitzung: 18:17 Uhr

5 Hybrid-Veranstaltung, Teilnahme der Delegierten über Zoom

TOP 0 Begrüßung

7 Begrüßung durch Johannes Klein (GHG Saar, BuVo)

TOP 1 Formalia

1.1. Feststellung der Abstimmungs- und Beschlussfähigkeit

10 Es sind Delegierte aus 10 Gruppen dabei. Ab fünf Gruppen ist die BMV
11 beschlussfähig.

12 Der Probeantrag „Club Mate auf BMV als einziges zugelassenes Getränk“ wird
13 abgelehnt, Open Slides als Abstimmungstool funktioniert bei fast allen. In einem
14 Fall wird nachjustiert. Bei der ersten offiziellen Abstimmung können alle
15 anwesenden Delegierten das Tool nutzen.

16 **1.2. Wahl des Präsidiums**

17 Der Vorschlag des BuVo für das Präsidium lautet: Clara Lindner (CG Münster),
18 Julius Sommer (CG Münster), Jakob Belle (BAGLS Bamberg), Sophie Eltzner (GHG
19 Kassel, BuVo).

20 Es wird vorgeschlagen, alle im Block zu wählen. Dagegen gibt es keinen
21 Widerspruch.

22 Abstimmungsergebnis:

23 Ja 9

24 Nein 0

25 Enthaltung 1

26 Das Präsidium ist gewählt, bedankt sich, Jakob Belle und Sophie Eltzner
27 übernehmen die Sitzungsleitung.

28 Das Präsidium schlägt eine Quotierung von FINTA* vs. offene Redeliste vor und
29 möchte damit die binäre Quotierung ablösen. Damit gäbe es auch kein
30 Frauenplenum, sondern ein FINTA*-Plenum.

31 Es gibt keinen Widerspruch und keine Gegenrede. Damit ist dieser Vorschlag
32 bestätigt.

33 **1.3. Wahl der*s Protokollant*in**

34 Der BuVo schlägt Jasmin Zoll (c:g köln) vor.

35 Abstimmungsergebnis:

36 Ja 13

37 Nein 0

38 Enthaltung 0

39 Die Protokollantin ist gewählt.

40 **1.4. Dringlichkeitsanträge**

41 **1.4.1. Entscheidung über Dringlichkeitsantrag D1**

42 Lene Greve (CG Hamburg) begründet, dass die Dringlichkeit darin begründet liegt,
43 dass alle drei Dringlichkeitsanträge sich auf den Koalitionsvertrag beziehen. Um
44 die Einflussnahme als politischer Verband zu gewährleisten. Nachdem die Grüne
45 Jugend den Koalitionsvertrag unterstützt und zumindest die Jusos Kritik geäußert
46 haben, sei es wichtig, sich als grüner Verband kritisch zu äußern. Die
47 Dringlichkeitsanträge bezögen sich auf die Themen Freihandel, Krieg und Frieden.

48 Abstimmungsergebnis:

49 Ja 14

50 Nein 0

51 Enthaltung 0

52 Die Dringlichkeit ist bestätigt.

53 **1.4.2. Entscheidung über Dringlichkeitsantrag D2**

54 Lene Greve (CG Hamburg) übernimmt die Begründung der Dringlichkeit auch für
55 diesen Antrag.

56 Abstimmungsergebnis:

57 Ja 13

58 Nein 1

59 Enthaltung 0

60 Die Dringlichkeit ist bestätigt.

61 **1.4.3. Entscheidung über Dringlichkeitsantrag D2**

62 Linus Mach (CG Münster) begründet die Dringlichkeit des Antrags mit der
63 Aktualität des Koalitionsvertrags und damit, dass Campusgrün als Bundesverband
64 Einfluss auf die Inhalte der Politik der nächsten vier Jahre nehmen müsse,
65 besonders in Hinblick auf die Hochschulpolitik.

66 Abstimmungsergebnis:

67 Ja 14

68 Nein 0

69 Enthaltung 0

70 Die Dringlichkeit ist bestätigt.

71 **1.5. Beschluss der Tagesordnung**

72 Der aktuelle Tagesordnungsvorschlag des BuVo lautet:

73 1. Formalia

74 2. Aufnahme neuer Landesverbände

75 3. Aufnahme neuer Gruppen

76 4. Arbeitsprogramm

77 5. Berichte

78 6. Haushalt

79 7. Wahl von zwei Rechnungsprüfer*innen

80 8. Antrag Verbandsentwicklung

81 9. Satzungs- und ordnungsändernde Anträge

82 10. Wahlen des Bundesvorstands

83 11. Nachwahl Bundesschiedsgericht

84 12. Wahl der*des Datenschutzbeauftragten

85 13. Anträge

86 14. Termine

87 15. Sonstiges

88 Vorschlag auf Änderung der Tagesordnung durch Bundesvorstand: Es soll der TOP 13
89 – „Anträge“ vorgezogen werden und nach den satzungs- und ordnungsändernden
90 Anträgen behandelt werden.

91 Abstimmungsergebnis:

92 Ja 12

93 Nein 0

94 Enthaltung 2

95 Der Vorschlag zur Änderung der Tagesordnung ist angenommen. Die Tagesordnung ist
96 in geänderter Form angenommen.

97 Beschlossene Tagesordnung:

98 1. Formalia

99 2. Aufnahme neuer Landesverbände

100 3. Aufnahme neuer Gruppen

101 4. Arbeitsprogramm

- 102 5. Berichte
- 103 6. Haushalt
- 104 7. Wahl von zwei Rechnungsprüfer*innen
- 105 8. Antrag Verbandsentwicklung
- 106 9. Satzungs- und ordnungsändernde Anträge
- 107 10. Anträge
- 108 11. Wahlen des Bundesvorstands
- 109 12. Nachwahl Bundesschiedsgericht
- 110 13. Wahl der*des Datenschutzbeauftragten
- 111 14. Termine
- 112 15. Sonstiges

113 **1.6. Beschluss der Geschäftsordnung**

114 Nachfrage von Elias Pourmoin (c:g Köln): „Bezieht sich die Abstimmung auf die
115 alte oder die geänderte Geschäftsordnung?“ Jo sagt, die Abstimmung beziehe sich
116 auf die geänderte GO.

117 Abstimmungsergebnis:

118 Ja 14

119 Nein 0

120 Enthaltung 1

121 Die Geschäftsordnung ist angenommen.

122 **1.7. Verabschiedung des Protokolls der 43. BMV**

123 Es gibt keine Wortmeldung zum Protokoll der letzten BMV.

124 Abstimmungsergebnis:

125 Ja 12

126 Nein 1

127 Enthaltung 1

128 Das Protokoll ist damit verabschiedet.

129 **TOP 2 Aufnahme neuer Landesverbände**

130 Es gibt keine Anträge auf Aufnahme neuer Landesverbände.

131 **TOP 3 Aufnahme neuer Gruppen**

132 Lorenz Starkloff von campus:grün spoho köln stellt den Antrag auf Aufnahme in
133 den Bundesverband. Er erzählt, dass die Gruppe sich gegründet habe, weil sie die
134 SpoHo als eher unpolitisch erlebt habe und die typischen möglichst unabhängig
135 erscheinenden Oppositionsparteien als nicht ausreichend empfunden haben. Sie
136 wollten an der SpoHo einen sozialen und ökologischen Wandel einläuten und die
137 Studierendenschaft politisieren und vor allem emanzipieren. Die Gruppe bestehe
138 seit 3 bis 4 Jahren, inoffiziell bereits seit 5. Er würde sich freuen, wenn
139 campus:grün spoho köln Mitglied des Bundesverbands werden könnte.

140 Abstimmungsergebnis:

141 Ja 15

142 Nein 0

143 Enthaltung 0

144 Die Gruppe campus:grün spoho köln ist in den Bundesverband aufgenommen.

145 - Unterbrechung der Sitzung bis zum nächsten Morgen -

146 **Tag 2: 04.12.2021**

147 Ende der Unterbrechung: 9:25 Uhr

148 Das Präsidium begrüßt die anwesenden Delegierten und Gäste und eröffnet die BMV
149 für den Tag.

150 Die Sitzungsleitung übernehmen für den Anfang Clara Lindner und Julius Sommer.

151 Testabstimmung über Erstattungsfähigkeit von Broccoli

152 Abstimmungsergebnis:

153 Ja 16

154 Nein 1

155 Enthaltung 1

156 Der Testantrag ist angenommen.

157 **GO-Anträge zur Änderung der Tagesordnung**

158 Aufnahme des neuen Dringlichkeitsantrags D4 in die Tagesordnung unter TOP 10.2.5

159 Nadia Abd El Hafez (CG Hamburg) begründet, dass die Urabstimmung der Mitglieder
160 der Partei Bündnis 90/Die Grünen über den Koalitionsvertrag am Montag endet und
161 darum noch dieses Wochenende über den Antrag, der sich auf den Koalitionsvertrag
162 beziehe, abgestimmt werden sollte.

163 Es gebe unter den Campusgrün-Mitgliedern bestimmt einige, die sich damit noch
164 nicht zu hundert Prozent beschäftigt haben und durch den Antrag solle erreicht
165 werden, dass auch diese sich damit auseinandersetzen. CG Hamburg sei dafür, den
166 Koalitionsvertrag abzulehnen. Die Gruppe sehe grüne Positionen, vor allem die
167 Positionen von Campusgrün und deren Grundwerten, nicht vertreten.

168 Abstimmungsergebnis:

169 Ja 17

170 Nein 2

171 Enthaltung 1

172 Die Dringlichkeit ist bestätigt. Der Antrag wird als D4 unter TOP 10.2.5 in die
173 Tagesordnung aufgenommen.

174 TOP 4 – „Arbeitsprogramm“ hinter Berichte und Haushalt ziehen

175 Der BuVo beantragt, den TOP 4 – „Arbeitsprogramm“ des BuVo hinter die TOPs
176 „Berichte und „Haushalt“ zu setzen. Es ergebe mehr Sinn, zuerst darüber zu
177 berichten, was der BuVo gemacht habe und dann über das zu sprechen, was das
178 zukünftige Programm betrifft.

179 Abstimmungsergebnis:

180 Ja 16

181 Nein 2

182 Enthaltung 2

183 Der Antrag ist angenommen. Die neue Tagesordnung sieht wie folgt aus:

184 1. Formalia

185 2. Aufnahme neuer Landesverbände

186 3. Aufnahme neuer Gruppen

187 4. Berichte

188 5. Haushalt

189 6. Wahl von 2 Rechnungsprüfer*innen

190 7. Arbeitsprogramm BuVo

191 8. Antrag Verbandsentwicklung

192 9. Satzungs- und ordnungsändernde Anträge

193 10. Anträge

194 11. Wahlen Bundesvorstand

195 12. Nachwahlen Bundesschiedsgericht

196 13. Wahl der*des Datenschutzbeauftragten

197 14. Termine

198 15. Sonstiges

199 Dringlichkeitsanträge D3 und D4 auf Sonntagvormittag verschieben

200 Johannes Klein (GHG Saar, BuVo) beantragt, die Dringlichkeitsanträge D3 und D4
201 auf Sonntagvormittag zu verschieben.

202 Beide Anträge würden sich inhaltlich widersprechen, darum ergebe es keinen Sinn,
203 beide zu verabschieden. Außerdem sei, da die Anträge erst während der BMV
204 eingereicht worden seien, noch nicht genug Zeit gewesen, sich mit beiden
205 Anträgen auseinanderzusetzen. Sie bezögen sich auf den Koalitionsvertrag, wobei
206 es sich um ein Dokument von 178 Seiten handele, das man nicht mal eben so lesen
207 könnte. Es sei unfair, wenn diejenigen, die ihn bereits vollständig gelesen
208 hätten, dadurch einen Vorteil hätten. Er erachtet es als wichtig, den
209 Mitgliedern die Zeit zu geben, sich damit fundiert auseinanderzusetzen. Eine
210 Verschiebung auf Sonntag würde dennoch dem Anspruch gerecht werden, vor Ende der
211 BMV und dem Ende der Urabstimmung darüber zu entscheiden.

212 Abstimmungsergebnis:

213 Ja 14

214 Nein 4

215 Enthaltung 2

216 Der Antrag ist angenommen.

217 **TOP 4 Berichte**

218 **4.1 Bericht des BuVos (ergänzt durch einen Bericht von einem** 219 **Verbandsseminar, ausgerichtet von CampusGrün Hamburg)**

220 Christina Markfort (BAGLS, BuVo) und Johannes Maurer (CG Mainz, BuVo) stellen
221 die Arbeit des BuVo des laufenden Jahres vor.

222 Seit den letzten BuVo-Wahlen habe es 5 Klausurtagungen und 45 wöchentliche
223 Online-Meetings gegeben. Im Dezember wurden Gebühren für den Aufnahmetest zum
224 Medizinstudium in Hamburg eingeführt, gegen diese habe man sich öffentlich
225 gestellt. Sie geben einen Überblick über die Aktivitäten gegliedert nach
226 Monaten:

227 **Januar**

- 228 • Kündigung der Geschäftsführerin
- 229 • Ausschreibung der Stelle einer neuen Geschäftsführerin
- 230 • Reguläre Klausurtagung zum Aufstellen des jährlichen Plans
- 231 • Kennenlertreffen mit fzs, Austausch vor allem zum Thema BAföG
- 232 • Autor*innenpapier zum Thema Bildungsgerechtigkeit mit Akteur*innen der BAG WHT
233 zum Wahlprogramm

234 **Februar**

- 235 • Treffen mit Grüner Jugend, gemeinsame Änderungsanträge und strategische
236 Zusammenarbeit bezüglich des Bundestagswahlprogramms
- 237 • Austausch mit Matthi Bolte, wissenschaftspolitischer Sprecher der grünen
238 Landtagsfraktion in NRW
- 239 • Treffen mit Landesgruppen

240 • Strategietreffen zu Kooperation mit Landesverbänden

241 März

242 • Vorstellungsgespräche mit Bewerber*innen für Stelle der organisatorischen
243 Geschäftsführung

244 • Schreibgruppe der BAG zu feministischer Wissenschaftspolitik

245 • Sitzung der BAG WHT zum Wahlprogramm

246 • Klausurtagung des BuVo: Thema vor allem Wahlprogramm und Änderungsanträge

247 • Austausch mit Kai Gehring zum Thema BAföG

248 • Stellen und Vorbereiten der BMBF-Anträge

249 • Austausch mit Landesverband Baden-Württemberg

250 April

251 • Änderungsanträge zum Wahlprogramm von Bündnis90/Die Grünen, alle leicht
252 abgeändert übernommen

253 • Landestreffen Thüringen, Sachsen-Anhalt, Hessen

254 • Statement für gendergerechte Sprache

255 • Teilnahme an DSW-Studierendenratssitzung

256 Mai

257 • 43. BMV

258 • Nachwahl von Julian Kappel in Campusgrün-Bundesvorstand

259 • Launch der neuen Website

- 260 • Landestreffen
- 261 • Stellungnahme zu Polizeigewalt an der Uni
- 262 • Stellungnahme TVStud
- 263 Juni
- 264 • Klausurtagung von Vorstand und BGS
- 265 • Insta-Live mit Tessa Ganser
- 266 • Austausch mit CG Münster zur geplanten Auflösung der SHK-Vertretung
- 267 • Teilnahme an DSW-Studierendenratssitzung
- 268 Juli
- 269 • Qualitätsverbesserung Website
- 270 • Weiterentwicklung des Strategieprozesses
- 271 • Diskussion des öffentlichen Auftretens
- 272 August
- 273 • Sommerpause
- 274 • Evaluation des Bundestagswahlkampfes
- 275 • Interview mit Euronews
- 276 • Besuch der fzs-MV und Vernetzung mit fzs
- 277 September
- 278 • Ökofeminismus-Seminar in Hamburg

- 279 • Klausurtagung des Bundesvorstands
- 280 • Veröffentlichung der Post-Reihe „Studierende in der Pandemie“
- 281 • Podiumsdiskussion in Heidelberg mit u.a. Sarah Heinrich
- 282 • Podiumsdiskussion in Kassel mit Angela Dorn
- 283 • Analyse der Bundestagswahlergebnisse
- 284 **Oktober**
- 285 • Austauschtreffen mit Jusos und fzs
- 286 • FINTA*-Vernetzungstreffen mit Miriam Block
- 287 • Konzipierung neuer Merchandise-Artikel
- 288 • Austausch mit Netzwerk n
- 289 • Teilnahme am Bundeskongress der Grünen Jugend
- 290 • Ausarbeitung der Satzungsnovelle
- 291 **November**
- 292 • Finanzverhandlung mit der Partei Bündnis 90/Die Grünen
- 293 • Kuratoriumssitzung des DSW
- 294 • BAföG AG-Sitzung DSW
- 295 • Vorbereitung der BMV
- 296 • Interessiertentreffen
- 297 **Dezember**

298 • BMV

299 Christina stellt außerdem die Seminare vor, die stattgefunden haben und
300 stattfinden sollen.

301 BMBF-Seminare für Förderperiode 2021/2022

302 • Studentenverbindungen

303 • Broccoli und Ritalin: Zusammenhang von Leistungsdruck und Drogenkonsum

304 • Antifeminismus an Hochschulen

305 • Campusgrün by Campusgrün

306 Bericht von Nadia Abd El Hafez (CG Hamburg) über das Seminar zu Ökofeminismus in
307 Hamburg.

308 Nachfrage an BuVo zu Details über Zusammenarbeit mit TVStud: „Gibt es
309 Anträge/Beschlüsse?“

310 Ergänzung durch den BuVo: Anträge dazu gibt es nicht, eine Stellungnahme gibt es
311 auf der Website, eine Zusammenarbeit mit TVStud-Gruppen an den einzelnen Unis
312 werden unterstützt und Anträge für die nächste BMV sind herzlich willkommen.

313 Nachfrage von Alexander Kolarczyk (CG Freiburg) an Nadia: „Gibt es Materialien
314 vom Seminar?“

315 Nadia: „Ja, es gibt Infomaterial. Das Material kann auch bei Campusgrün auf die
316 Website hochgeladen werden.“

317 Özlem Gündogdu (BGS): „Das ist schon online.“

318 **4.2. Finanzbericht durch Emily Kraft (c:g köln,**
319 **Schatzmeister*in im BuVo)**

320 Die vorgestellten Zahlen beziehen sich auf den Zeitraum vom 01.01.2021 bis
321 04.12.2021. Der Finanzbericht findet sich im Anhang.

322 Die Differenz bei der Förderung durch das BMBF liege daran, dass weniger
323 Seminare durchgeführt werden konnten als geplant und beantragt. Der Hauptgrund
324 dafür liegt in der Corona-Pandemie und den damit verbundenen Schwierigkeiten,
325 Präsenzveranstaltungen durchzuführen. So habe auch die geplante Summer School
326 leider nicht stattfinden können.

327 Die Bundesmitgliederversammlungen seien dadurch auch wesentlich günstiger
328 geworden als veranschlagt. Für zwei BMVen waren 5.000€ veranschlagt. Jede der
329 zwei BMVen hat jeweils nur knapp über 800€ gekostet. Fahrtkostenerstattung,
330 Verpflegung etc. seien bei der Veranstaltung online bzw. hybrid als Kostenpunkt
331 weggefallen.

332 1.572€ sind im Geschäftsjahr 2021 mehr eingenommen als ausgegeben worden.

333 Ein Bericht der Rechnungsprüfer*innen liegt bisher noch nicht vor.

334 **Entlastung des Bundesvorstandes**

335 Ken Alan Berkpinar(GHG Bonn) beantragt die Entlastung des Bundesvorstands und
336 dankt für die Arbeit.

337 Johann Wermter (GAHG Karlsruhe) erfragt, ob mit der Entlastung auch beschlossen
338 werden kann, dass sich um die 5 €, die nicht nachvollzogen werden könnten,
339 gekümmert werde und fragt, wie man alternativ beschließen könne, dass sich um
340 die 5€ noch gekümmert werde.

341 Özlem Gündogdu (BGS) ergänzt, dass durch die Übertragung der Vollmacht kein
342 Zugriff auf die alten Kontoauszüge möglich sei, aber angenommen werde, dass die
343 Differenz zwischen den Aufzeichnungen über die Ausgaben und dem Kontostand
344 bestehe. Sie weist darauf hin, dass auch die Finanzprüfer*innen die Aufgabe
345 hätten, die Abrechnungen noch einmal zu prüfen und dass dabei eventuell auch
346 aufgeklärt werden könne, wodurch die Differenz entstanden sei.

347 Auch eine Entlastung unter Vorbehalt wäre möglich.

348 Johannes Klein (GHG Saar, BuVo) ergänzt, dass auch das Campusgrün Bildungswerk
349 e.V. eine eigene Prüfung durchführe und diese noch ausstehe.

350 Özlem (BGS) ergänzt, dass die Kassenprüfung des Bildungswerk e.V. auch mit der
351 Prüfung bereits begonnen habe, hier funktioniere die Kommunikation.

352 Abstimmungsergebnis:

353 Ja 18

354 Nein 0

355 Enthaltung 2

356 Der Bundesvorstand ist entlastet.

357 **TOP 5 Haushalt**

358 Emily Kraft (c:g köln, Schatzmeister*in im BuVo) stellt den Haushaltsentwurf für
359 das kommende Jahr vor. Dieser findet sich im Anhang dieses Protokolls.

360 Zukünftig sollten die einzelnen Positionen detaillierter aufgeschlüsselt werden.

361 Emmi erklärt, dass Emmi auch die Kosten fürs Bildungswerk vorstellen werde, da
362 diese ab sofort auch an der Basis abgestimmt werden sollten und nicht nur unter
363 Alumni.

364 Von der Partei Bündnis 90/Die Grünen habe man höhere Zuschüsse verhandeln
365 können. Dennoch würde sich der Bundesvorstand noch mehr wünschen und es solle
366 darum nachverhandelt werden.

367 Es gebe eine Erhöhung der Ehrenamtspauschale für den Bundesvorstand. Im letzten
368 Jahr hätte die Pauschale nur für wenige Mitglieder geleistet werden können. In
369 Zukunft sollten bei 7 Mitgliedern im Bundesvorstand 60 € im Monat statt bisher
370 50 € im Monat Pauschale möglich sein.

371 Es gebe eine neue Position für Softwarelizenzen sowie für die
372 Verwaltungsberufsgenossenschaft. Die Verwaltungskosten für Notar,
373 Vereinsregister u.Ä. seien erhöht worden. Das liege unter anderem daran, dass
374 Campusgrün mit dem Bildungswerk zusammengeführt werden und einen eingetragenen
375 Verein bilden solle.

376 Außerdem sei ein Posten geplant für die Entlohnung von Redner*innen oder
377 besondere Leistungen im Bundesvorstand.

378 Vom BMBF seien 15.400 € zugesagt für die geplanten Seminare (s.o.).

379 Teilnehmer*innengebühren seien auch geplant, ein Zuschuss durch CG werde
380 erfolgen.

381 Für die BMVen seien 3.000 € pro Versammlung veranschlagt. Für neue Merchandise-
382 Materialien seien 500 € geplant. Ein Zuschuss durch Bündnis 90/Die Grünen werde
383 auch erfolgen, sodass die Materialien für die Mitglieder recht kostengünstig zur
384 Verfügung gestellt werden sollen.

385 Johann Wermter (GAHG Karlsruhe) fragt nach, ob auch Hoodies als Teil der
386 Merchandise-Produkte geplant sind.

387 Emmi antwortet, dass bisher keine Hoodies geplant seien, was auch dem Umstand
388 geschuldet sei, dass die unterschiedlichen Hochschulgruppen unterschiedliche
389 Logos haben. Sticker, Fahnen mit dem neuen Logo und weitere Produkte seien
390 hingegen geplant.

391 Lorenz Starkloff (c:g spoho köln) möchte wissen, ob für den Wahlkampf der SpoHo
392 im Januar bereits Merchandise bereitgestellt werden könnte.

393 Emmi antwortet, dass nicht sicher gesagt werden könne, ob bis dahin Merchandise
394 zur Verfügung stehe.

395 Clara Lindner (CG Münster) ergänzt, dass im Landesverband NRW auch gerne
396 Materialien angefragt werden können, z.B. in Münster.

397 Abstimmungsergebnis – Haushalt:

398 Ja 21

399 Nein 0

400 **Enthaltung 0**

401 Der Vorschlag des BuVo für den Haushalt 2022 ist angenommen.

402 **TOP 6 Wahl von zwei Rechnungsprüfer*innen**

403 Die zwei Plätze umfassen einen offenen Platz und einen quotierten Platz.

404 Es liegt eine Bewerbung von Tobias Zorn (c:g köln) im Antragsgrün vor.

405 Tobias stellt sich vor: Er ist 22, bei c:g köln, hat für das
406 Studierendenparlament und Vereine bereits Rechnungsprüfungen durchgeführt, weiß
407 also, was auf ihn zukommt. Er möchte gleichzeitig dazu motivieren, dass andere
408 Personen sich aufstellen lassen, damit man das gemeinsam machen könne und man
409 könne dann auch einen Glühwein gemeinsam trinken (Anspielung auf das seiner
410 Bewerbung beigefügte Foto, auf dem er Glühwein oder Punsch auf einem
411 Weihnachtsmarkt trinkt).

412 Özlem Gündogdu (BGS) ergänzt zur Kassenprüfung, dass aktuell die Prüfung online
413 geplant sei, wenn es für die Prüfenden nicht möglich wäre, anzureisen. Die
414 Prüfung würde schon länger als 30 min dauern, Özlem hätte aber dann schon
415 vorgeprüft, es gäbe also kein komplettes Chaos.

416 Sophie Eltzner (GHG Kassel, BuVo) übernimmt kurzzeitig die Sitzungsleitung von
417 Clara Lindner (CG Münster).

418 Clara Lindner(CG Münster) kandidiert spontan für den quotierten Platz. Sie sagt,
419 sie habe nicht so viel Erfahrung, vertraue auf Tobias, sei aber sehr gut darin,
420 ihre Physik- und Mathezettel regelmäßig abzugeben, könne gut rechnen und
421 kopfrechnen und hätte Lust, sich mit den Rechnungen von Campusgrün zu
422 beschäftigen.

423 Wahlergebnis Clara:

424 Ja 21

425 Nein 0

426 Enthaltung 0

427 Wahlergebnis Tobias:

428 Ja 21

429 Nein 0

430 Enthaltung 0

431 Clara und Tobias sind zu Rechnungsprüfer*innen gewählt. Beide nehmen die Wahl
432 an.

433 Clara Lindner löst Sophie Eltzner wieder in der Sitzungsleitung ab.

434 **TOP 7 Arbeitsprogramm BuVo**

435 Christina Markfort (BAGLS, BuVo) bewirbt den Antrag zur Verbandsentwicklung,
436 weil starke Strukturen geschaffen werden müssten. Der BuVo brauche einen
437 besseren Überblick über die Gruppen und Landesstrukturen. Grobe Leitlinien seien
438 ausgearbeitet worden, die eine stärkere Vernetzung unterstützen und gemeinsame
439 richtungsgebende Positionen stärken würden. Gleichzeitig solle die Kommunikation
440 zwischen BuVo und einzelnen Gruppen gestärkt und der Gestaltungsspielraum der
441 Hochschulgruppen erweitert werden. Ökologische Entwicklung und Digitalisierung
442 seien wichtig.

443 Nachfrage aus dem Plenum: Aus dem Bewerben, dass es ein Arbeitsprogramm geben
444 solle, höre man noch keine konkreten Inhalte.

445 Johannes Klein (GHG Saar, BuVo) antwortet, dass u.a. das Gründen eines Teams zur
446 Bildungsarbeit, Materialbereitstellung. Beauftragung des neuen BuVo, am Design
447 zu arbeiten, Elemente des Programms sein sollen.

448 Elias Pourmoin (c:g köln) stellt eine Nachfrage. Sie sagt, dass sie stört, dass
449 die Beauftragten, die für die Kommunikation zwischen Hochschulgruppen und BuVo
450 verantwortlich sein sollen, „von oben“ ernannt werden sollten. Ihr wäre eine
451 basisdemokratische Lösung lieber, bei der die Ortsverbände beauftragte Menschen
452 wählen.

453 Christina Markfort (BAGLS, BuVo) erklärt, dass es nicht darum gehe, den
454 Landesverbänden Menschen vorzusetzen, die über Leitlinien entscheiden. Es sei
455 allerdings für den BuVo nicht möglich, sich mit allen Landesverbänden
456 auseinanderzusetzen, deren Gründung zu initiieren und Entwicklung zu begleiten.
457 Die Beauftragen seien eher als Hilfestellung und Unterstützung gedacht. Die
458 Beauftragten können dabei sehr gerne aus den entsprechenden Bundesländern
459 kommen.

460 Emily Kraft (c:g köln, BuVo) ergänzt, dass die Hauptaufgabe sein soll, die
461 Landesmitgliederversammlungen zu organisieren, bei denen die Landesgruppen dann
462 selbstverständlich selbstständig einen Vorstand wählen könnten.

463 Valentin Deuster (c:g köln) fragt, ob es möglich sei, sich kritisch zu äußern
464 oder ob aktuell nur Fragen gestattet seien.

465 Das Präsidium erwidert, dass eine Debatte gerne folgen kann, aber Fragen zuerst
466 geklärt werden sollten.

467 Es gibt keine weiteren Fragen.

468 Valentin Deuster (c:g köln) erklärt, dass er es kritisch sehe, als Reaktion auf
469 den Koalitionsvertrag näher an die Partei Bündnis 90/Die Grünen zu rücken. Er
470 gibt zu bedenken, dass dies bestimmte Signale sende.

471 Svenja Horn (CG Hamburg) merkt an, dass sich durchaus eine Menge ändere, was
472 weitgehende Implikationen hätte. Es gäbe eine Annäherung an die Partei Bündnis
473 90/Die Grünen. Es bräuchte eine Kampagne, die verdeutliche, dass gerade die
474 Kritik an der Partei wichtig sei und kommuniziert werden solle, dass aus dieser
475 Kritik heraus die Umstrukturierung stattfinde. Sie fragt, ob man wirklich
476 handlungsstärker sei, wenn man sich der Partei weiter angliedern würde. „Hätten
477 wir als Verein nicht bessere Möglichkeiten?“

478 Linus (CG Münster) hält es für sehr sinnvoll, dass es ein Arbeitsprogramm gibt.
479 Er möchte zur Debatte ob grünennah oder nicht hinzufügen, dass wir uns als
480 grünennah definieren, dass es aber auch unsere Aufgabe sei, kritisch zu sein.
481 Die Neustrukturierung sei eine Chance, sich inhaltlich mit dieser Kritik
482 auseinanderzusetzen und eine lautere Stimme zu bekommen.

483 Lene Greve (CG Hamburg) hat eine Anmerkung in dieselbe Richtung. Sie hat den
484 Eindruck, dass viele nicht mehr dabei seien, die eine sehr kritische Einstellung
485 gegenüber der Partei hätten und dass die Unabhängigkeit wichtig sei. Sie wisse
486 nicht, wie man mit den Arbeitsgruppen verfahren solle. Es sei erst recht Zeit,
487 sich stärker einzubringen. Man könne es aber auch anders verstehen: „Jetzt, wo
488 die Grünen Teil der Regierung sind, wollen wir mitsprechen und Einfluss nehmen.“
489 In Hamburg habe es große Kritik gegeben, dass Regieren unter der Vorbedingung,
490 der NATO zuzustimmen, überhaupt vertretbar sei. Es solle zuerst diskutiert und
491 offengelegt werden, wie die Mitglieder dazu stehen würden. Sollte als Verband
492 nicht basisdemokratisch darüber entschieden werden?

493 Johannes Klein (GHG Saar, BuVo) erwidert, dass bei Kritik jederzeit
494 Änderungsanträge hätten gestellt werden können. Es gebe jedoch keine
495 Änderungsanträge. Er stellt klar: „Wir wollen uns kritisch gegenüber den Grünen
496 einbringen.“ Die BMV sei lange angekündigt, es sei nicht fair, jetzt vorgeworfen
497 zu bekommen, dass eine Debatte nicht gewünscht und möglich sei. Das Programm

498 habe lange zur Verfügung gestanden und wenn es Kritikpunkte gäbe, hätten
499 Änderungsanträge gestellt werden müssen. Ziel des Arbeitsprogramms sei es auch,
500 die Position der Hochschulgruppen zu stärken und klarzumachen, dass es sich um
501 DIE grüne Hochschulgruppe handle. Eine bekannte Problematik gebe es zum Beispiel
502 bei campus:grün köln, wo es eine starke Fakeliste gebe. Hier müsste die
503 „richtige“ grüne Hochschulgruppe gestärkt werden. Auch dazu müsse eine Debatte
504 weitergeführt werden, dazu gebe es noch nicht viele Ansätze. Er ergänzt, dass es
505 keinen Sinn ergebe, über einzelne Formulierungen zu streiten, solange keine
506 Änderungsanträge vorliegen. Dies sei nicht zielführend. Er findet es nicht
507 schön, dass jetzt so getan werde, als hätte der BuVo den Vorschlag nicht
508 fristgerecht eingereicht.

509 Svenja Horn (CG Hamburg) bekennt, dass ihr nicht klar geworden sei, welche
510 Vorteile die Rechtsform des Vereins mit sich bringe. Das sei nicht als Affront
511 oder Angriff gegen den BuVo gemeint, sondern der Wunsch, diese Änderungen zu
512 erörtern.

513 Der BuVo merkt an, dass im nächsten TOP über die strukturbezogenen Änderungen
514 gesprochen werden soll.

515 Lorenz Starkloff (c:g spoho köln) merkt an, dass die Struktur bereits im ersten
516 Absatz des Arbeitsprogramms festgehalten sei und es darum keinen Sinn ergebe,
517 erst im nächsten TOP darüber zu sprechen, wenn es jetzt bereits beschlossen
518 werden solle. Er ergänzt, dass er es durchaus als sinnvoll erachte, jetzt über
519 Svenjas Frage zu sprechen, damit geklärt wäre, ob auch das Arbeitsprogramm Sinn
520 ergebe.

521 Elias Pourmoin (c:g köln) möchte auf einen Beitrag von vorhin eingehen, in dem
522 eine Person sich auf das Wahlergebnis in Köln bezogen habe. Es möchte ergänzen,
523 dass sie es nicht als gutes Ziel ansehen, näher an die Partei zu rücken und die
524 Unabhängigkeit aufzugeben um eine gefühlte Sicherheit zu erlangen, gegen
525 Fakelisten geschützt zu sein. Dass man nicht mit den Grünen sofort assoziiert
526 würde, sei nicht das Hauptproblem im Umgang mit Fake-Listen. Es gebe
527 tiefergehende Probleme. Auch mit Bündnis 90/Die Grünen hätte die Fake-Liste
528 Probleme gehabt.

529 Johann Wermter (GAHG Karlsruhe) möchte als gewählter Landesvorstand von Baden-
530 Württemberg erwähnen, dass die Landesverbände und -strukturen sich weiter
531 einbringen sollen. In BW sei aber aktuell das Problem, dass nicht genug
532 Kapazitäten vorhanden seien. Er entschuldigt sich dafür, dass zeitlich nicht die
533 Kapazitäten vorhanden gewesen seien, sich im Vorfeld inhaltlich mit dem
534 Arbeitsprogramm auseinanderzusetzen.

535 **7.1. Änderungsantrag**

536 Eingbracht und erklärt durch Lene Greve (CG Hamburg)

537 Es handle sich um einen Präzisionsantrag. Seien konträre Positionen
538 vorhanden, solle dies vorgebracht werden. Man könne ja näher definieren, wie man
539 diese Grundsätze verstehe. Eine Spezifizierung fände sie schön. Soziale Spaltung
540 sei nicht gewünscht und gerade hier müsse man sich als Campusgrün positionieren
541 und es müsse an einem sozialen Wandel gearbeitet werden.

542 Der BuVo übernimmt den Änderungsantrag und ergänzt eine weitere Formulierung.

543 Erklärung durch Johannes Klein (GHG Saar, BuVo): Er entschuldigt sich, dass er
544 zuvor so deutlich und emotional geworden sei. Der Änderungsantrag von Lene werde
545 übernommen.

546 Emily Kraft (c:g Köln, BuVo) möchte die Formulierung nochmal erläutern. Emmi
547 selbst sei nicht der größte Fan der Grünen, halte es dennoch immer noch für eine
548 gute Entscheidung und findet den Punkt dennoch wichtig. Denn aktuell könnten die
549 Grünen mit Campusgrün tun, was sie wollten. Wenn Campusgrün sich allerdings
550 gegen die Partei stellen würde, hätte diese die Möglichkeit, neue Strukturen zu
551 schaffen, die Menschen enthalten würden, die ihnen gegenüber weniger kritisch
552 seien. Genau das solle verhindert werden. Emmi plädiert dafür, weiterhin
553 kritisch zu bleiben, aber sich dabei abzusichern, damit der Verband nicht
554 abgeschafft werden könne. Emmi betont, dass auch Emmi als „eher Anti-Grüne,
555 vielleicht nicht direkt anti, aber doch sehr kritisch“ die Formulierung wichtig
556 finde. Emmi verdeutlicht auch, dass im Text die Formulierung laute „die einzige
557 grüne“, nicht „die den Grünen entsprechende Gruppierung“. Es ginge nicht um
558 einen Beitritt der Partei, sondern eine Absicherung.

559 Es erfolgt eine redaktionelle Änderung nach Hinweis von Tobias Zorn (c:g köln),
560 da die Erwähnung des Vereins auch an einer weiteren Stelle erfolgt ist.

561 Abstimmungsergebnis:

562 Ja 17

563 Nein 1

564 Enthaltung 2

565 Das Arbeitsprogramm ist inklusive des Änderungsantrags angenommen.

566 –

567 - *Mittagspause bis 14:08 Uhr* -

568 Das Präsidium begrüßt die Delegierten und Gäste nach der Mittagspause zurück.
569 Die Sitzungsleitung übernehmen wieder Sophie Eltzner (GHG Kassel, BuVo) und
570 Jakob Belle (BAGLS).

571 Es folgt ein Grußwort von Lone Grotheer aus dem Vorstand des freien
572 Zusammenschlusses von student*innenschaften.

573 **TOP 8 Antrag Verbandsentwicklung**

574 Vorstellung des Antrags durch Johannes Klein (GHG Saar, BuVo):

575 „Zusammenfassend geht es darum, dass Campusgrün bisher einen Trägerverein hat.
576 Die Bildungsarbeit ist bisher vom BuVo unabhängig organisiert worden. Das
577 Bildungswerk ist inzwischen vor allem dafür da, Mitarbeitende zu bezahlen und
578 das Geld von Bündnis 90/Die Grünen anzunehmen. Es geht bei dem Antrag nicht um
579 die Abschaffung von Strukturen, sondern um das Zusammenlegen beider Strukturen.
580 Außerdem ist es so nicht mehr möglich, dass der Trägerverein und dessen
581 Mitglieder, u.a. Alumni, noch Macht über den Verband hat/haben. Wenn die
582 Versammlung dem Antrag zustimmt, bedeutet das auch, dass das Bildungswerk in
583 Zukunft vier Mitglieder aus dem Campusgrün-Bundesausschuss in das Bildungswerk
584 mit aufnehmen muss.“

585 Der Antrag wird angenommen.

586 **TOP 9 Satzungs- und ordnungsändernde Anträge**

587 Anmerkung: Die noch vorliegenden Änderungsanträge sind schon übernommen und Teil
588 des Antrags des BuVo.

589 **9.1. Anträge auf Änderung der Satzung**

590 **9.1.1. Antrag auf Änderung der Satzung, Abschnitt: Präambel**

591 Johannes Maurer (CG Mainz, BuVo) stellt die Anträge vor.

592 Dieser Antrag würde keine weiteren politischen Änderungen beinhalten.

593 Elias Pourmoin (c:g köln) fragt sich, warum in der geänderten Fassung nicht mehr
594 „schließen sich eine Mitgliedschaft von Burschenschaften und
595 Studentenverbindungen sowie Campusgrün aus“ stehe. Sei die neuere Formulierung
596 nicht enger? Sei sie darum nicht begrenzt auf einen kleineren Kreis?

597 Johannes Maurer (CG Mainz, BuVo) erklärt, dass Studentenverbindungen der
598 Überbegriff sei und dadurch keine engere Definition sondern nur eine
599 Verschlankung der alten Formulierung.

600 Alexander Kolarczyk (CG Freiburg) fragt, warum die Gewaltfreiheit nicht mehr in
601 der Präambel enthalten sei.

602 Johannes Klein (GHG Saar, BuVo) erklärt, dass die Formulierung der friedlichen
603 Weltgesellschaft vorangestellt sei und damit klargemacht werde, dass die
604 Friedfertigkeit sich nicht nur auf Deutschland, sondern die ganze Welt beziehe
605 und eine explizite Nennung im Folgenden damit obsolet sei.

606 Lene Greve (CG Hamburg) empfindet den Einwand von Alexander als
607 ungerechtfertigt. Frieden sei eine größere und umfassendere Formulierung.

608 Elias Pourmoin (c:g köln) merkt an, dass es irritiere, dass die Formulierung
609 „handelt jedoch unabhängig“ nicht übernommen wurde. Elias fragt, warum diese
610 Entscheidung so gefallen sei.

611 Johannes Maurer (CG Mainz, BuVo) erwidert, dass der Satz von der Formulierung
612 her seltsam klinge und gar nicht so viel inhaltlich hergebe. Die Unabhängigkeit
613 ergebe sich aus der Satzung und der Formulierung „gegenüber der Partei“ sowie
614 aus dem Selbstverständnis.

615 Lars Pieper (c:g spoho köln) fragt, ob, wenn der Halbsatz keine große Änderung
616 bedeute, der Halbsatz nicht genau so gut übernommen werden könne.

617 Johannes Maurer (CG Mainz, BuVo) erwidert, dass gegen die Übernahme spreche,
618 dass ein Normentext möglichst wenig Redundanz enthalten solle. Sei es dennoch
619 gewünscht, den Halbsatz zu übernehmen, solle ein Änderungsantrag gestellt
620 werden.

621 Nadia Abd El Hafez (CG Hamburg) erwidert, dass für sie jeder Text auch ein
622 politischer Text sei und spricht sich dafür aus, dass ein Änderungsantrag
623 eingereicht werde, der die Übernahme des Halbsatzes vorsehe.

624 Alexander Kolarczyk (CG Freiburg) befürwortet auch, dass die bisherige
625 Formulierung übernommen werden soll. Er sei zwar dafür, dass es möglichst keine
626 Wiederholungen geben solle, weist aber darauf hin, dass der Unterschied zwischen
627 „in der Partei“ und „gegenüber der Partei“ sehr schnell überlesen werde und der
628 Halbsatz eine etwas offensichtlichere Position darstelle.

629 Lene Greve (CG Hamburg) schlägt für einen Änderungsantrag eine etwas andere
630 Formulierung vor. Denn er sei inhaltlich falsch. Man wolle ja durchaus
631 inhaltlich mitsprechen und mitgestalten. Stattdessen solle geschrieben werden
632 „Campusgrün vertritt die Positionen eigenständig gegenüber [...] und der
633 Öffentlichkeit“. Unabhängigkeit sei auch deshalb falsch, weil man auch
634 finanziell von den Grünen abhängig wäre.

635 *- fünfminütige Pause zum Formulieren eines Änderungsantrags -*

636 Lene Greves (CG Hamburg) Änderungsantrag wird zurückgezogen. Der Änderungsantrag
637 der Arbeitsgemeinschaft Änderungsantrag wird vom BuVo übernommen.

638 Abstimmungsergebnis:

639 Ja 20

640 Nein 0

641 Enthaltung 0

642 Die Änderung der Präambel ist angenommen.

643 **9.1.2. Antrag auf Änderung der Satzung, Abschnitt: Verband**

644 Johannes Maurer (CG Mainz, BuVo) erklärt „Die Bund-Länder-Struktur wurde
645 geändert. Bestimmte Muss/Soll-Formulierungen wurden gestrichen.“

646 Abstimmungsergebnis:

647 Ja 19

648 Nein 0

649 Enthaltung 2

650 Die Änderung des Abschnitts zum Verband ist angenommen.

651 **9.1.3. Antrag auf Änderung der Satzung, Abschnitt:**
652 **Mitgliedsgruppen**

653 Johannes Maurer (CG Mainz, BuVo): Hier werde es inhaltlich wichtiger. Es gehe
654 unter anderem bei den Änderungen darum, wie Mitgliedsgruppen ausgeschlossen
655 werden können. Aktuell seien alle Mitgliedsgruppen im Landesverband automatisch
656 Mitglied im Bundesverband. Das bedeute auch, dass bei Ausschluss aus dem
657 Landesverband auch der Ausschluss aus dem Bundesverband erfolge. Das solle
658 geändert werden. Abgesehen davon gebe es keine weiteren inhaltlichen Punkte.

659 Elias Pourmoin (c:g köln) fragt, ob der ehemalige § 5 Abs. 6 komplett gestrichen
660 werde. Die Arbeit zwischen Landes- und Bundesverband solle vereinfacht werden.
661 Sie verstehe nicht, warum der Paragraph komplett gestrichen werden soll.

662 Der BuVo weist darauf hin, dass die Regelung der Zusammenarbeit in einer Satzung
663 nicht qualitativ, sondern nur formal geklärt werden könne. Die Qualität der
664 Zusammenarbeit sei vielmehr über den jeweiligen BuVo zu gestalten. Dazu brauche
665 es keinen Paragraphen.

666 Abstimmungsergebnis:

667 Ja 19

668 Nein 0

669 Enthaltung 1

670 Der Antrag auf Änderung des Abschnitts zu Mitgliedsgruppen ist angenommen.

671 **9.1.4. Antrag auf Änderung der Satzung, Abschnitt:**
672 **Mitgliederversammlung**

673 Der Begriff der „Frauenversammlung“ wird durch den Begriff der „FINTA*-
674 Versammlung“ ersetzt. Quotierungen konnten bisher durch Frauenversammlungen

675 aufgehoben werden. Diese Möglichkeit gebe es in Zukunft durch das FINTA*-Plenum
676 nicht mehr.

677 Alexander Kolarczyk (CG Freiburg): In § 9 Abs. 3 würden Mitglieder von
678 Studentenverbindungen ausgeschlossen. Er merkt an, dass der Ausschluss bereits
679 an anderer Stelle vermerkt sei und hier eine nicht gewünschte Redundanz erfolge.

680 Johannes Klein (GHG Saar, BuVo): Für den Fall von Delegationen solle explizit
681 erwähnt werden, dass auch Ortsgruppen keine Delegierten nominieren können, die
682 bisher in der Ortsgruppe kein Mitglied waren, aber in einer Verbindung seien.

683 Elias Pourmoin (c:g köln) möchte auf eine Kleinigkeit hinweisen. In § 14 würde
684 ein Genderstern fehlen. Inhaltlich sei in § 14 Abs. 3 in der Antragsgrünform
685 etwas Anderes als in der Neufassung zu finden und Elias fragt, warum der
686 Unterschied gemacht werde.

687 Emily Kraft (c:g köln, BuVo) begründet die Änderung damit, dass die FINTA*-
688 Versammlung bereits bestehe und eine Vertagung initiieren könne. Emmi persönlich
689 fände es immer wieder schwierig, gegen eine Wand von cis Männern anzureden. In
690 solchen Situationen sei es dann mit der neuen Fassung möglich, den cis Männern
691 klarzumachen, dass alle FINTA*-Personen eine andere Meinung vertreten. Solle
692 darüber hinaus eine FINTA*-Versammlung einberufen werden, wäre dies weiterhin
693 möglich.

694 Kai Oswald (GAHG Karlsruhe) § 11 Abs. 5 würde gelöscht. Was sei der Grund dafür?

695 Johannes Maurer (CG Mainz, BuVo) erklärt, dass die Norm in den Absatz
696 Landesverbände gerutscht sei, wo sie eher hingehöre. Die Auflistung würde an
697 dieser Stelle zu lange. Die Norm gebe es weiterhin, sie stehe nun nur an anderer
698 Stelle.

699 Emily Kraft (c:g köln, BuVo) stellt einen Änderungsantrag: § 9 Abs. 2
700 beschäftigt sich damit, ab wann eine Gruppe stimmberechtigt ist. Emmi ist
701 enttäuscht darüber, dass gerade auf dieser Versammlung wieder das gefühlte
702 Verhältnis von cis Männern zu FINTA*-Personen 3:1 sei und dass Emmi keine andere
703 Möglichkeit mehr sehe, das zu ändern. Die freiwillige Quotierung innerhalb der
704 Ortsverbände scheine nicht zu reichen. Gerade als „Neuling“ sei es schwer, in
705 die bundesweite Vernetzung zu gehen und sich nicht von den cis Männern
706 einschüchtern zu lassen, die ja bereits „alles wüssten“ und sich auskennen
707 würden. Es brauche mehr Empowerment, um FINTA*-Menschen zu signalisieren, dass
708 sie geschätzt und gebraucht würden und auf jeder BMV gewünscht und willkommen
709 seien.

710 Lene Greve (CG Hamburg): „Mehr Rechte für gesellschaftlich benachteiligte
711 Gruppen“ sei keine angemessene Formulierung. Stattdessen sollten alle diese
712 Rechte genießen. Sie verbinde das Bild von cis Männern, die um sich herum nichts
713 wahrnehmen würden, nicht mit einer Campusgrün-BMV, sondern mit einem
714 Naziaufmarsch. Sie spricht sich gegen den Änderungsantrag aus, weil sie die
715 Gefahr sieht, dass bei Geschlechterrepression die politische Diversität verloren
716 gehe. Sie sehe einen Grund für das Ungleichgewicht aktuell in der Online-Version
717 der BMV.

718 GO-Antrag von Sophie Eltzner (GHG Kassel, BuVo): Sie beantragt eine FINTA*-
719 Breakout-Session, um den sehr spontan gestellten Antrag in einer FINTA*-
720 Versammlung beraten zu können.

721 - *FINTA*-Versammlung* -

722 Die FINTA*-Versammlung tagt nicht öffentlich und wird daher nicht protokolliert.

723 Fortführung der BMV nach Unterbrechung durch das FINTA*-Plenum und die
724 angeschlossene Abendpause um 19:36 Uhr

725 Vorstellung der FINTA*-Beschlussempfehlung, die Emily Krafts Antrag unterstützt.

726 Abstimmungsergebnis Änderungsantrag:

727 Ja 8

728 Nein 3

729 Enthaltung 3

730 Der Änderungsantrag ist angenommen.

731 Abstimmungsergebnis Abschnitt Mitgliederversammlung inkl. Änderungsantrag:

732 Ja 11

733 Nein 2

734 Enthaltung 2

735 Der Antrag ist angenommen.

736 **Ü9.1.5. Antrag auf Änderung der Satzung, Abschnitt:**
737 **Bundesvorstand, Schiedsgericht und Bundesvorstand,**
738 **Schiedsgericht, Datenschutzbeauftragte*r**

739 Johannes Maurer (CG Mainz, BuVo): Es werde hiervon die Wahl des Bundesvorstands
740 betroffen. Die Regelung der Amtszeitbegrenzung könne nicht mehr von der
741 Mitgliederversammlung aufgehoben werden. Eine Person könne nun insgesamt vier
742 Mal in den BuVo gewählt werden, davon zwei Mal ins selbe Amt. Auch sei die Wahl
743 eines zusätzlichen Mitglieds möglich. Dadurch werde der BuVo immer überquoting
744 sein.

745 In Bezug auf das Schiedsgericht falle zukünftig die Position der*s Vorsitzenden
746 weg. Das baue Hierarchien ab. Das Schiedsgericht solle zukünftig selbst eine
747 hauptverantwortliche Person bestimmen. Interne Abstimmung sei
748 basisdemokratischer.

749 Kai Oswald (GAHG Karlsruhe) fragt zu § 20 Abs. 1, wann der BuVo in die Situation
750 komme, darüber zu entscheiden ob er beschlussfähig sei.

751 Johannes Maurer (CG Mainz, BuVo) erklärt, dass der BuVo auch im Voraus
752 entscheiden könne, dass zum Beispiel beim nächsten Treffen die
753 Beschlussfähigkeit auch bei weniger Anwesenden gegeben sein würde, falls es für
754 einzelne oder mehrere Personen terminlich schwierig sein sollte, teilzunehmen,
755 sodass Beschlüsse dennoch gefasst werden könnten.

756 Lorenz Starkloff (c:g spoho köln): Ihm sei es bei dem Änderungsantrag zu schnell
757 gegangen und er hätte Rückfragen zur FINTA*-Beschlussempfehlung.

758 Der BuVo erklärt, dass Lorenz sich gerne beim BuVo nach Ende der BMV melden
759 könne, dass aber aus Zeit- und Tagesordnungsgründen nicht erneut über den
760 Änderungsantrag debattiert werde.

761 Abstimmung über Antrag zur Satzungsänderung: Bundesvorstand, Schiedsgericht und
762 Bundesvorstand, Schiedsgericht, Datenschutzbeauftragte*r:

763 Abstimmungsergebnis:

764 Ja 13

765 Nein 0

766 Enthaltung 1

767 Der Antrag ist angenommen.

768 **9.1.6. Antrag auf Änderung der Satzung, Abschnitt: Finanzen**

769 Johannes Maurer (CG Mainz, BuVo): Hier gebe es fast nur kosmetische Änderungen.
770 Die einzige inhaltliche Änderung bestehe darin, dass bei Auflösen des
771 Bundesverbands das Geld nicht an Bündnis 90/Die Grünen, sondern die Grüne Jugend
772 gehen würde.

773 Ein Änderungsantrag wird von den Antragsstellenden übernommen.

774 Abstimmungsergebnis:

775 Ja 13

776 Nein 1

777 Enthaltung 1

778 Der Antrag auf Änderung der Satzung im Abschnitt Finanzen ist angenommen.

779 **9.1.7. Antrag auf Änderung der Satzung als Ganzes**

780 Abstimmungsergebnis:

781 Ja 11

782 Nein 1

783 Enthaltung 3

784 Der Antrag ist angenommen.

785 **9.2. Änderung von Ordnungen**

786 **9.2.1. Änderung der Schiedsgerichtsordnung**

787 Die satzungsbezogene Änderung der Hierarchie in fünf reguläre Mitglieder sei
788 übernommen worden. Außerdem sei das Quorum auf eine $\frac{3}{4}$ -Mehrheit gesetzt worden.
789 Zudem müsse nun jede Abwahl mit einer Neuwahl verbunden sein, sodass eine Abwahl
790 immer konstruktiv sei. Außerdem seien kleine kosmetische Änderungen vorgenommen
791 worden wie schon bei der Satzung. Bei § 10 werde geregelt, wie sich das
792 Schiedsgericht nach abgeänderter Ordnung verhalte. Die interne Organisation nach
793 § 4 sei außerdem geändert worden: Es gebe nun eine organisatorisch
794 verantwortliche Person, die allerdings hierarchisch nicht höher gestellt sei.

795 Kai Oswald (GAHG Karlsruhe): Seine formale Frage beziehe sich auf einen
796 Änderungsantrag, der gestellt und wieder zurückgezogen worden sei. Er möchte
797 wissen, was es damit auf sich habe.

798 Johannes Maurer (CG Mainz, BuVo) erklärt, dass noch ein oder zwei Änderungen
799 eingepflegt werden mussten, die vom Bundesschiedsgericht selbst stammten. Dabei
800 ging es um die konstruktive Abwahl und § 10. Die Änderungsanträge, wie oben
801 ausgeführt, seien von den Antragsstellenden bereits übernommen worden.

802 Abstimmungsergebnis:

803 Ja 12

804 Nein 0

805 Enthaltung 2

806 Der Antrag ist angenommen.

807 **TOP 10 Anträge**

808 **10.1 Antrag des Landesverbands Baden-Württemberg**

809 GO-Antrag auf Änderung der Tagesordnung:

810 Johann Wermter (GAHG Karlsruhe) fragt, ob der Antrag morgen behandelt werden
811 könne. Er sei ziemlich erschöpft.

812 Er formuliert darum einen Antrag auf Änderung der Tagesordnung, sodass dieser
813 Antrag nach den Dringlichkeitsanträgen behandelt werden soll.

814 Es gibt einen GO-Antrag auf Nichtbefassung mit dem Antrag. Dieser wird
815 zurückgezogen.

816 Es gibt keine Gegenrede. Der Antrag wird darum vertragt bis nach der Befassung
817 mit den Dringlichkeitsanträgen.

818 **10.2 Dringlichkeitsanträge**

819 **10.2.1 Antrag D1**

820 Lene Greve (CG Hamburg) erzählt, dass sie sehr viele brasilianische Studierende
821 bei sich an der Uni habe und sie sich in diesem Zuge gefragt habe, was sich von
822 Deutschland aus gegen Bolsonaro und die Umstände in Brasilien machen lasse.
823 Campusgrün habe sich bis heute nicht zwischen Kapitalismus und Sozialismus
824 entscheiden können. Die aktuelle Lage zeige, dass ein sozialeres
825 Gesellschaftssystem nötig sei. Früher sei es als Grüne*r noch Usus gewesen, sich
826 gegen Freihandelsabkommen zu positionieren. Das gelte nun nicht mehr als modern.
827 Lene findet das schade. Öko- und Arbeitsschutzstandards würden
828 Freihandelsabkommen jedoch nicht besser machen. Ihre Forderung lautet darum,
829 sich gegen Green Washing zu positionieren, aus dem kolonialen
830 Entwicklungshilfestatus herauszukommen, die weitere Öffnung der Märkte für
831 Unternehmen und deren Dominanz zu verhindern und zivilgesellschaftliche
832 Bewegungen stärker zu unterstützen.

833 Svenja Horn (CG Hamburg) bemängelt, dass es zu wenige internationale
834 Partnerschaften gebe und ruft dazu auf, mehr davon zu etablieren. Sie
835 interessiert sich dafür, wie das an anderen Hochschulen aussehe und möchte sich
836 darum mit anderen Hochschulgruppen austauschen.

837 Sophie Eltzner (GHG Kassel, BuVo) erklärt, dass internationale Vernetzung sowohl
838 international als auch interkontinental bestehe, vor allem auf Ebene der Grünen
839 Jugend. Bei grünen Hochschulgruppen gebe es das zwar noch nicht, der aktuelle
840 BuVo habe allerdings Kontakt zu Schweden und strebe ein Treffen, einen Austausch
841 und Vernetzung an. Sie findet die Erweiterung des akademischen Horizonts wichtig
842 und spricht sich darum auch für den Austausch mit Hochschulgruppen aus anderen
843 Ländern aus.

844 Lene Grever (CG Hamburg) stellt fest, dass Kandidierende für den nächsten BuVo
845 anwesend seien und fragt diese, ob auch in dieser Hinsicht Ambitionen vorhanden

846 seien und eine klare Position gegen die neoliberalistischen und
847 kolonialistischen Gewohnheiten, die man auch in Bezug auf Impfstoff erkennen
848 könne, zu erwarten wäre. Sie wünscht sich eine Positionierung und eine
849 Initiative, auf die Partei Bündnis 90/Die Grünen zu reagieren und einzuwirken.

850 Emily Kraft (c:g köln, BuVo) erklärt, dass Emmi sich noch nicht intensiv mit dem
851 Freihandelsankommen beschäftigt habe und darum vermutlich keine ausreichende
852 Antwort geben könne. Emmi hätte generell aber auf jeden Fall Interesse, sich
853 international zu vernetzen. Emmi werde sich im Nachgang der BMV gerne noch mit
854 der Thematik befassen und möchte als zukünftige*r Sprecher*in, wenn Emmi gewählt
855 würde, selbstverständlich auch die Position von Campusgrün nach außen tragen.
856 Emmi erinnert, dass der Antrag von CG Hamburg recht kurzfristig eingereicht
857 worden sei.

858 Lars Pieper (c:g spoho köln) schließt sich seiner Vorrednerin [sic!] an, er kann
859 darauf verweisen, wie man sich positioniert und engagiert hätte. Er sei gegen
860 jegliche Exzellenzinitiativen, gegen Exzellenzunion. Die Ausrichtung gegen
861 Sanktionen gegen Kuba sei unterstützenswert.

862 Linus Mach (CG Münster) möchte sich ebenfalls Emmi anschließen. Er versteht den
863 hochschulpolitischen Hintergrund und findet es absolut wichtig, dass man sich
864 dazu positioniere. Er sehe das Freihandelsabkommen zwar durchaus kritisch, würde
865 den Antrag dennoch ablehnen, weil er zu wenig hochschulpolitischen Bezug habe.
866 Zwar seien auch wichtige Fragen und Anregungen geäußert worden, jedoch sei er
867 sehr allgemein gehalten und darum sei es schwierig, darin Substanz zu erkennen.

868 Lene Greve (CG Hamburg) schlägt vor, den Antrag auf die nächste BMV zu vertagen.
869 Sie teilt die Meinung von Linus nicht, dass der Antrag zu allgemein gehalten
870 sei. Er sei durch Quellen gestützt und beziehe sich auf konkrete Problematiken.
871 Sie ruft dazu auf, sich die Quellen anzusehen und sich mit der Thematik zu
872 befassen.

873 Lene Greve (CG Hamburg) stellt einen GO-Antrag auf Vertagung des
874 Tagesordnungspunkts auf die nächste BMV.

875 Es gibt keine Gegenrede. Damit gilt der GO-Antrag als angenommen.

876 **10.2.2 Antrag zum Vorgehen bei Wahlen**

877 Der BuVo erklärt die Wahlgänge für den morgigen Tag und das Verfahren der Wahlen
878 nach der BMV. Johannes Maurer (CG Mainz, BuVo) schlägt vor, dass die Online-
879 Wahlen zwar nicht wünschenswert seien, aber wegen der Pandemie keine Alternative

880 bestünde. Auch aufgrund der Vorbehalte, die bei der vorletzten BMV geäußert
881 wurden, sollen die Wahlen durch Briefwahl nach der aktuellen BMV bestätigt
882 werden. Dazu solle an alle anwesenden Delegierten von der Bundesgeschäftsstelle
883 die Wahlunterlagen geschickt werden. Ein Ergebnis aufgrund der Briefwahl solle
884 nur bei einem Quorum von 50% Gültigkeit erlangen. Sollte das Quorum nicht
885 erreicht werden, würde die Online-Wahl aufgrund der Coronaschutzverordnung als
886 gültig erklärt werden.

887 Sollte ein online gewählter BuVo durch das Ergebnis der Briefwahl bei einem
888 Quorum von über 50% bestätigt werden, wäre er rechtmäßig gewählt. Sollte er
889 durch die Briefwahl nicht bestätigt werden, würde der ehemalige BuVo
890 kommissarisch die Leitung des Verbands übernehmen und eine schnellstmögliche
891 Neuwahl initiieren.

892 Über die vorgeschlagene Verfahrensweise wird abgestimmt.

893 Abstimmungsergebnis:

894 Ja 13

895 Nein 1

896 Enthaltung 1

897 Der Verfahrensvorschlag ist damit angenommen.

898 Das Präsidium erklärt, dass zu Beginn der morgigen Sitzung ein GO-Antrag auf
899 Änderung der Tagesordnung erfolgen werde, der das Vorziehen der Wahlen
900 beinhalte.

901 - *Unterbrechung der Sitzung bis zum nächsten Morgen* -

902 **Tag 3: 5.12.2021**

903 Beginn der Sitzung: 09:20 Uhr

904 Clara Lindner und Julius Sommer übernehmen die Sitzungsleitung und begrüßen die
905 Delegierten wieder zum letzten Tag der BMV.

906 Probewahl: Sofabeauftragte*r

907 Wahlergebnis:

908 Julius 6

909 Sophie 5

910 Clara 5

911 Jakob 1

912 Julius wurde im Zuge der Testwahl zum Sofabeauftragten gewählt.

913 GO-Antrag auf Änderung der Tagesordnung durch Johannes Maurer (CG Mainz, BuVo)

914 Johannes Maurer möchte einen funktionalen BuVo und möchte, solange alle noch
915 frisch sind, die Wahlen des BuVo darum vor die Debatte zu den inhaltlichen
916 Anträgen ziehen.

917 Gegenrede: Lene Greve (CG Hamburg) spricht sich gegen die Änderung der
918 Tagesordnung aus, weil sie der Meinung ist, dass viele Delegierte noch keinen
919 Eindruck von den Kandidierenden hätten bekommen können und es ihrer Meinung nach
920 darum wichtig sei, dass man zuerst inhaltlich diskutiert, damit diese
921 Delegierten z.B. erfahren können, wie die Kandidierenden zu Afghanistan o.Ä.
922 stehen. Bisher hätte man sich nur mit Orga beschäftigt. Sie schlägt darum vor,
923 bis 12 Uhr über die inhaltlichen Anträge zu diskutieren und danach die Wahlen
924 zum BuVo durchzuführen.

925 Abstimmungsergebnis:

926 Ja 12

927 Nein 6

928 Enthaltung 3

929 Die Änderung der Tagesordnung muss durch 2/3-Mehrheit beschlossen werden. Diese
930 ist nicht erreicht. Damit ist der GO-Antrag abgelehnt.

931 **10.2.3 Dringlichkeitsantrag D2**

932 Vorgebracht durch Svenja Horn (CG Hamburg)

933 Svenja Horn (CG Hamburg) sieht durch den Koalitionsvertrag und die Nominierung
934 von Annalena Baerbock zur Außenministerin einen Rückschritt in der
935 Friedenspolitik und die Gefahr zukünftiger Kriege. Ihrer Meinung nach lösen
936 militärische Konflikte keine Probleme. Sie verweist auf den Vortrag des
937 Vorabends. Krieg zerstöre Infrastruktur und töte Menschen. Krieg sei nicht
938 natürlich und nicht menschlich. Der Mensch sei an sich nicht egoistisch. Krieg
939 widerspreche dem. Deutschland sei ein Land mit großem Interesse auf Ausweitung
940 seiner Macht und würde darum Kriege führen. Svenja fordert eine Tagung zu 20
941 Jahren Afghanistan und eine Auswertung der deutschen Friedenspolitik und eine
942 Entscheidung darüber, wie man sich zukünftig positionieren solle sowie einen
943 Untersuchungsausschuss.

944 Nadia Abd El Hafez (CG Hamburg) fragt nach, was Svenja sich von einem
945 Untersuchungsausschuss verspreche. Sie fände die Auseinandersetzung mit der
946 Thematik wichtig, sehe aber wenig Möglichkeit, auf hochschulpolitischer Ebene
947 die Bundesthematik zu beeinflussen.

948 Lene Greve (CG Hamburg): Das Bekenntnis „Wir müssen unsere wirtschaftlichen
949 Interessen durchsetzen“ des ehemaligen Bundespräsidenten zeige, wohin man
950 schauen müsse. Der wissenschaftliche Dienst des Bundestags hätte gefordert, eine
951 Untersuchungskommission einzuberufen. Das zeige, wie viel nötig wäre, um
952 aufzuklären, wo die eigentlichen Gründe für den Afghanistan-Einsatz gelegen
953 hätten und welche Rolle die Bündnisverpflichtung, die Sicherung der
954 wirtschaftlichen Vormachtstellung etc. gespielt hätten.

955 Johannes Klein (GHG Saar, BuVo) findet es einen interessanten Antrag und begrüßt
956 ihn auch in der vorliegenden Fassung. Er fände es auch sicherlich interessant,
957 die Friedenspolitik der Grünen von vor 20 Jahren zu evaluieren, findet aber,
958 dass dies in einem anderen Rahmen zu erfolgen habe. Er weist darauf hin, dass
959 die vorgelegte Darstellung außerdem dem Tatbestand nicht gerecht werde.
960 Vereinfacht zu sagen, der Abzug aus Afghanistan sei viel zu spät erfolgt, sei
961 pauschalisiert. Ein Untersuchungsausschuss sei zu begrüßen und mit Sicherheit
962 könne man nicht alle Gesichtspunkte heute auf der BMV klären.

963 Svenja Horn (CG Hamburg) sagt, Militär habe noch nie zu Demokratie geführt. Die
964 Infrastruktur sei zerstört, an Industrie gebe es lediglich Opiumindustrie.
965 Afghanistan sei nie in die Lage versetzt worden, selbst Landwirtschaft zu
966 betreiben. Gerade in Afghanistan hätten die Dürreperioden zugenommen. Das Land
967 sei nicht in der Lage, sich selbst zu versorgen. Man hätte Schulen bauen müssen,
968 das sei allerdings nur in geringem Umfang passiert. Das meiste Geld sei in
969 militärische Ausbildung geflossen. Man hätte Emanzipation vorantreiben müssen.

970 De facto gebe es heute in Afghanistan keine Demokratie, womit der Einsatz als
971 gescheitert zu gelten habe.

972 Abstimmungsergebnis:

973 Ja 9

974 Nein 6

975 Enthaltung 5

976 Der Antrag ist angenommen.

977 GO-Antrag von Lorenz Starkloff auf Änderung der Tagesordnung:

978 Der von Lorenz Starkloff (c:g spoho köln) eingereichte Dringlichkeitsantrag D5
979 zur Änderung der Satzung im Abschnitt Mitgliederversammlung, s. TOP 9.1.4. solle
980 noch auf dieser BMV behandelt werden. Die Abstimmung über den Änderungsantrag
981 sei sehr kurzfristig erfolgt und man habe darüber inhaltlich nicht im gesamten
982 Plenum gesprochen.

983 Lene Greve (CG Hamburg): Es sei eine wichtige Frage, wie man Inklusion umsetze
984 und was man dafür brauche. Sie spricht sich dafür aus, das nicht an dieser
985 Stelle zu diskutieren, sondern sortierter vorzubereiten. Sie ist dafür, die
986 Diskussion weiterzuführen, aber nicht an dieser Stelle.

987 Abstimmungsergebnis:

988 Ja 8

989 Nein 11

990 Enthaltung 4

991 Die Dringlichkeit des Antrags ist abgelehnt.

992 **10.2.4. Dringlichkeitsantrag D3**

993 Linus Mach (CG Münster) stellt den Antrag vor. Der Antrag beziehe sich sehr

994 explizit auf Abschnitte aus dem Koalitionsvertrag, die sich mit Hochschulpolitik
995 beschäftigten. Er stellt voran, dass alle Anwesenden darüber übereinstimmen,
996 dass am Koalitionsvertrag sehr viele Punkte zu bemängeln seien und die FDP sich
997 zu sehr durchgesetzt habe. Nichtsdestotrotz sei es wichtig, auch die Dinge zu
998 sehen, die einen guten Ansatz darstellen und auf welche man aufbauen könne. Auf
999 drei dieser Punkte beziehe sich sein Dringlichkeitsantrag: Wohnen,
1000 Digitalisierung an Hochschulen und Forschung & Wissenschaft.

1001 Johann Wermter (GAHG Karlsruhe) fragt, wie es mit dem ähnlichen Antrag aussehe.
1002 Stunden diese in Konkurrenz zueinander? Müsse man beiden zustimmen?

1003 Linus Mach (CG Münster): Es gebe eine gewisse inhaltliche Überschneidung, die
1004 Anträge seien aber getrennt voneinander zu behandeln. Er und Johannes Klein
1005 haben gestern Abend für den anderen ähnlichen Antrag Änderungsanträge
1006 formuliert.

1007 Anselm Göhring (GHSF Frankfurt) findet es gut, dass es einen Antrag gibt, der
1008 den Schwerpunkt auf Wissenschaft und Forschung setze. Er sehe es aber kritisch,
1009 einem FDP-geführten Ministerium auf Grundlage des Koalitionsvertrags
1010 optimistisch gegenüber zu stehen.

1011 Lene Greve (CG Hamburg) ist sich etwas unsicher. Sie meint, man könne Teile
1012 dieses Antrags übernehmen und mit dem anderen kombinieren. Sie findet den
1013 vorliegenden Antrag zu schmeichlerisch. Sie würde einen Punkt gerne streichen.
1014 Das Bundesprogramm zu Digitaler Hochschule gefällt ihr nicht. An ihrer
1015 Hochschule sei man mit Videostreams abgespeist worden. Die kritische
1016 Studierendenbewegung solle nur beruhigt werden. Darum möchte sie den Punkt
1017 Digitalisierung streichen. Der noble Grund, Teilhabe für Frauen mit Kind oder
1018 chronisch Kranke zu ermöglichen, sei vorgeschoben und bringe nichts. Diese
1019 bräuchten andere Hilfe, nämlich Kinderbetreuung. Das Umsetzen und Unterstützen
1020 spiele nur der FDP in die Hände. Auch wenn es so nicht gemeint sei. Inklusion
1021 müsse man anders umsetzen.

1022 Armin Günther (CG Hamburg): Die Anträge widersprechen sich doch sehr. Er spricht
1023 sich gegen das „differenziert tun“ aus, das Widersprüche innerhalb des
1024 Koalitionsvertrags ignoriere.

1025 Nadia Abd El Hafez (CG Hamburg) ergänzt, dass ein großer Unterschied bestehe
1026 zwischen der Ablehnung des Koalitionsvertrags und der Begrüßung bestimmter
1027 Punkte wie im vorliegenden Antrag. Sie stimmt zu, dass der Koalitionsvertrag ein
1028 neoliberales Programm sei. Die Umsetzbarkeit der Ziele, besonders beim Wohnen,
1029 sei nicht gegeben. Konkrete Maßnahmen seien nicht genannt. Sie versteht nicht,

1030 dass der Koalitionsvertrag so gelobt werde. Sie weist darauf hin, dass es im
1031 Koalitionsvertrag auch einen ganzen Abschnitt zu Hochschule gebe, indem die
1032 Gewinnorientierung von Hochschulen gefördert werde. Sie dachte auch, man würde
1033 über beide Anträge gemeinsam diskutieren. Sie habe darum keine Änderungsanträge
1034 gestellt. Sie findet, es solle auf jeden Fall auf den Widerspruch innerhalb des
1035 Koalitionsvertrags hingewiesen werden.

1036 Linus Mach (CG Münster) möchte als Antragssteller die Änderungsanträge Ä1, Ä2
1037 und Ä3 übernehmen.

1038 Lene Greve (CG Hamburg) fordert Linus auf, sich erneut zu äußern, um die Debatte
1039 voranzubringen und sich zu den Änderungsanträgen zu äußern.

1040 Linus Mach (CG Münster) stimmt dem zu, was Lene kritisiert hat und möchte darum
1041 auch ihren Änderungsantrag annehmen. Er habe aus bestimmten Gründen die
1042 Formulierung gewählt. Denn wenn man den Koalitionsvertrag insgesamt ablehne,
1043 weil er nicht konsequent genug sei, lehne man auch die Dinge ab, die in die
1044 richtige Richtung gehen und das sei nicht konstruktiv.

1045 Elias Pourmoin (c:g köln) fragt, ob es noch möglich wäre, eine Gegenrede zu
1046 Änderungsantrag 4 zu halten und über diesen noch abzustimmen. Die anderen Parts
1047 könne er nachvollziehen. Die komplette Streichung des Absatzes finde er
1048 kontraproduktiv, denn das Zum-Ausdruck-bringen, dass die Bundesregierung
1049 Position beziehen soll, fände er sehr sinnvoll. Man könne es umformulieren, wenn
1050 bestimmte Formulierungen unglücklich seien. Es solle auf jeden Fall darüber
1051 abgestimmt werden, denn es persönlich fände die Formulierung der Aufforderung an
1052 die Bundesregierung, Stellung zu beziehen, sehr wichtig.

1053 Lene Greve (CG Hamburg) erklärt ihre Änderungsanträge, die von Linus übernommen
1054 wurden. Sie stellt ihren Änderungsantrag (Ä4) vor:

1055 Man könne auch gegen den Koalitionsvertrag sein, auch wenn man eine grüne
1056 Perspektive habe. Grüne Politik sei auch, Bafög für alle zu fordern. Der
1057 Koalitionsvertrag sei noch hinter dem grünen Wahlprogramm zurückgeblieben. Ä4
1058 hätte sie eingebracht, weil alle möglichen Kooperationen mit China aufgekündigt
1059 werden würden. Sie fordere Wissenschaftsaustausch statt Boykott. Man müsse dann
1060 erst recht auf Kooperation und Austausch setzen, wenn es ein Demokratieproblem
1061 gebe. Als letzten Punkt möchte sie darauf hinweisen, dass es nicht Aufgabe der
1062 Bundesregierung sei, Wissenschaft im Ausland zu betrachten. Das sei Aufgabe der
1063 hiesigen Wissenschaft.

1064 Elias Pourmoin (c:g köln) versteht, dass Lene die Aufgabe der Bundesregierung

1065 nicht in der Bewertung ausländischer Wissenschaft sehe. Ihrer Meinung nach könne
1066 man aber auch nicht wegsehen, wenn Wissenschaftsfreiheit unter repressiven
1067 Diktaturen eingeschränkt werde und die Bundesregierung sich dazu nicht äußere.
1068 Es sei auch unsere Aufgabe als kritischer Blick auf die Grünen und das grüne
1069 Außenministerium, dies zu fordern. Es möchte einen Änderungsantrag stellen, in
1070 dem die Positionierung gefordert werde, ohne dabei sofort einen Boykott zu
1071 verhängen. Elias hält den Absatz weiterhin für wichtig.

1072 Svenja Horn (CG Hamburg): Insgesamt fände sie es perspektivisch besser, wenn man
1073 sich nicht für die guten Punkte bedanken würde, sondern als kritische Bewegung
1074 darauf hinweisen würde, dass die BaföG-Regelung unzureichend sei. Sie fände es
1075 außerdem auch wichtig, wenn man darauf hinweise, wenn Forschung nicht mehr
1076 gewährleistet wäre.

1077 Lene Greve (CG Hamburg) zieht ihren Änderungsantrag zurück.

1078 Elias Pourmoin (c:g köln) stellt den von ihr gestellten Änderungsantrag Ä5 vor,
1079 den es bereits angekündigt habe. Es handle sich um eine Ergänzung zu dem von
1080 Linus Genannten, ergänzt um den Einschub, dass nicht zum Boykott aufgerufen
1081 werden solle und keine Moralkeule geschwungen werden solle, auch wenn das
1082 Benennen der Missstände gefordert wird.

1083 Linus Mach (CG Münster) übernimmt den Änderungsantrag Ä5.

1084 Es wird über den Dringlichkeitsantrag D3 in vierfach geänderter Form abgestimmt.

1085 Abstimmungsergebnis:

1086 Ja 14

1087 Nein 4

1088 Enthaltung 4

1089 Der Dringlichkeitsantrag ist angenommen.

1090 **10.2.5. Dringlichkeitsantrag D4**

1091 Nadia Abd El Hafez (CG Hamburg) stellt den Antrag vor. Sie entschuldigt sich
1092 dafür, dass er so kurzfristig eingebracht worden sei. Er sei gemeinsam mit der

1093 GHSg Frankfurt eingereicht worden. Morgen sei das Ende der Urabstimmung über den
1094 Koalitionsvertrag bei den Grünen. Sie lehne den Koalitionsvertrag ab. Es gebe
1095 genug Probleme in Hinsicht aufs Klima, die die CDU-geführte Regierung nicht
1096 durchgesetzt habe. Von einer grünen Regierungsbeteiligung hätte man sich
1097 Besseres erhofft. Das sei leider nicht eingetreten. Es gebe keine konkreten
1098 Maßnahmen, die erklären würden, wie die Ziele erreicht werden sollten. Außerdem
1099 würde Politik für die Großen, nicht die Kleinen gemacht, bzw. es würde nicht
1100 sichergestellt, dass sozial gut gemeinte Ziele durch Maßnahmen unterfüttert
1101 würden. Der Antrag sei in drei Blöcke unterteilt: Wissenschaft & Forschung,
1102 Soziales und Internationales. Dabei würde gegenübergestellt, was der
1103 Koalitionsvertrag vorsehe und was im Grünen Grundsatzprogramm stehe. Dieser
1104 Vergleich belege, dass Grüne Grundsatzpolitik es nicht in den Koalitionsvertrags
1105 geschafft hätte. Erfolge wie das Herabsetzen des Wahlalters auf 16 dürften nicht
1106 darüber hinwegtäuschen, dass der Vertrag nicht ausreiche und kritisch zu sehen
1107 sei.

1108 Ä2,Ä3,Ä4 werden von ihr übernommen. Von Ä4 würde man dabei die Ergänzung
1109 übernehmen, nicht aber die Streichung.

1110 **10.2.5.1. Vorstellen der Änderungsanträge**

1111 **10.2.5.1.1 Vorstellen des Änderungsantrags 1**

1112 Lene Greve (CG Hamburg): Der Änderungsantrag möchte die starke Betonung von
1113 Annalena und Robert herausnehmen, da das Problem sei, dass Annalena Baerbock als
1114 Außenministerin hervorgehoben werde. Sie sei aber mehr, nämlich auch eine
1115 Spießerin und Kriegstreiberin [sic!]. Man solle darum die Attribute besser ganz
1116 weglassen und sich auf Inhaltliches konzentrieren.

1117 **10.2.5.1.2. Vorstellen des Änderungsantrags 2**

1118 Lene Greve (CG Hamburg): Ä2 beziehe sich auf die atomare Teilhabe. Die Grünen
1119 seien aus der Anti-Atomkraft-Bewegung hervorgegangen, darum sei diese Ergänzung
1120 essentiell.

1121 **10.2.5.1.3. Vorstellen des Änderungsantrags 3**

1122 Lene Greve (CG Hamburg): Ä3 beziehe sich auf das Investitionsprogramm und das
1123 Festhalten am neoliberalen Ansatz. Der starke Staat, der investieren dürfe,
1124 würde durch den Koalitionsvertrag geschwächt. Darauf müsse hingewiesen werden.

1125 **10.2.5.1.4. Vorstellen des Änderungsantrags 4**

1126 Lene Greve (CG Hamburg): Die Übernahme von Ä4 ohne Streichung modifiziere ihren
1127 Änderungsantrag. Sie wäre gegen die Dopplung des Satzes. Leider widerspricht
1128 sich dann ihr Änderungsantrag mit anderen Stellen aus dem Antrag. Sie ist dafür,
1129 festzustellen, dass es ein destruktiver Koalitionsvertrag sei und das, was
1130 versäumt würde, durchaus möglich sei.

1131 **10.2.5.1.5. Vorstellen des Änderungsantrags 5**

1132 Vorgebracht durch Johannes Klein (GHG Saar, BuVo)

1133 Ä1 und Ä5 beschäftigten sich mit demselben Absatz. Man würde den letzten Satz
1134 aus Ä1 übernehmen können. Es gebe dennoch einen entscheidenden Unterschied: Ä1
1135 beschäftige sich mit der Strategie der Grünen im Bundestagswahlkampf und warum
1136 man der Meinung sei, dass die Spitzenkandidatin ungeeignet war. Dies im Antrag
1137 festzuhalten, davon profitiere man als Campusgrün nicht. Es stimme außerdem
1138 nicht, dass die Grünen nicht in den sozialen Bewegungen verwurzelt seien, siehe
1139 Ende Gelände und Leave No One behind. Man könne die Kritik aufrichtig
1140 formulieren ohne eine persönliche Beurteilung von Kandidat*innen vorzunehmen und
1141 fair bleiben und faktisch korrekt.

1142 **10.2.5.1.6. Vorstellen des Änderungsantrags 6**

1143 Vorgebracht durch Johannes Klein (GHG Saar, BuVo): Ä6 sei lediglich eine kleine
1144 Änderung. Der Verweis aufs Grundsatzprogramm solle gestrichen werden. Alle
1145 würden das Grundsatzprogramm kennen. Es bringe nichts, aufs Grundsatzprogramm zu
1146 verweisen und mache den Text nicht schöner.

1147 **10.2.5.1.7. Vorstellen des Änderungsantrags 7**

1148 Linus Mach (CG Münster) erklärt, der Änderungsantrag beziehe sich auf den
1149 Abschnitt Soziales: Der Hintergrund sei, dass der Kritikpunkt sei, es sei
1150 marginal, was bewirkt werde. Auch die Formulierung „erst ab 2022“ sei
1151 unangemessen, denn das sei ab nächstem Monat. Der wichtige Punkt sei aber der
1152 Unterschied zwischen Sozialwohnungen und staatlich geförderten Wohnungen. Hartz
1153 IV bräuchte zwar eine grundlegendere Reform. Dennoch könnten Menschen davon
1154 profitieren. Er verweist auf das Argument von vorher (Kritik ja, aber nicht
1155 alles schlecht reden und gute Ansätze ignorieren).

1156 **10.2.5.1.8. Vorstellen des Änderungsantrags 8**

1157 Johannes Klein (GHG Saar, BuVo): Es handle sich um den weitreichendsten
1158 Änderungsantrag. Der Titel würde geändert von „lehnt den Koalitionsvertrag ab“
1159 zu „kritisiert den Koalitionsvertrag“. Er argumentiert, eine eindeutige
1160 Positionierung zur Ablehnung sei nicht zielführend. Denn mit der Ablehnung würde
1161 auch die Abschaffung des Transsexuellengesetz abgelehnt und erstrebenswerte
1162 Vorstöße ignoriert. Es reiche, zu sagen, dass der Koalitionsvertrag nicht
1163 ausreichend sei. Er sei unzureichend, ja. Man könne erklären: Bestimmte Punkte
1164 seien zu unterstützen, man könne aber keine vollständige Zustimmung erklären,
1165 eben aufgrund dieser Kritikpunkte.

1166 **10.2.5.1.9. Vorstellen des Änderungsantrags 9**

1167 Vorgebracht durch Johannes Klein (GHG Saar, BuVo): Es handle sich hierbei um
1168 eine Löschung. Der Absatz sei zwar nicht falsch, aber überflüssig. Er mache die
1169 Positionierung nicht deutlicher.

1170 **10.2.5.1.10. Vorstellen des Änderungsantrags 10**

1171 Vorgebracht durch Elias Pourmoin (c:g köln): Im Grunde sei der Änderungsantrag
1172 ein bisschen der erste Teil des Ä8 und im Großteil, aber eine andere
1173 Formulierung für „manch kleinerer Erfolg“. Für sie sei das Transsexuellengesetz
1174 nicht nur ein kleiner Erfolg.

1175 Der Änderungsantrag Ä10 wird von den Antragsstellenden übernommen.

1176 Nadia Abd El Hafez (CG Hamburg) erklärt, dass der Satz „Wir wollen Bewegung von
1177 unten stützen“ gelöscht werden solle, da es sich doch etwas mit dem anderen Satz
1178 widerspreche. So würde der Änderungsantrag von Leneangenommen werden können.

1179 Das Präsidium fordert die beiden auf, einen Änderungsantrag zu formulieren, der
1180 von den Antragsstellenden angenommen wird.

1181 Die Änderungsanträge werden im Folgenden nach Reihenfolge der Änderungen im
1182 Antrag behandelt.

1183 Debatte zu Ä5 und Ä1

1184 Armin Günther (CG Hamburg) äußert sich zu Ä5, spricht über die Niederschlagung
1185 des Protests in Essen. Er findet es falsch, dass in der Verknüpfung die Grünen
1186 als Bremser der Proteste dargestellt würden, wenn sie doch tatsächlich sogar
1187 Gegner*innen seien. Wahr sei auch, dass die Grünen sich weiter von Protesten

1188 distanzierten. Zu Ä1 findet er problematisch, dass der Markt als Äquivalent zu
1189 Kapitalismus verwendet werde, was inhaltlich falsch sei. Er findet den Bezug zu
1190 Annalena Baerbock und Robert Habeck prinzipiell ok.

1191 Svenja Horn (CG Hamburg): Man könne es noch widersprüchlicher betrachten. Es
1192 gebe auch Menschen, die sich einbringen und nicht auf jede Bewegung draufhüpfen.
1193 Man müsse differenzieren. Sie bietet an, den Begriff „Markt“ durch
1194 Konkurrenzlogik zu ersetzen und den Änderungsantrag so zu modifizieren.

1195 Johannes Klein (GHG Saar, BuVo) erklärt, dass Menschen, die lange aktiv waren,
1196 Lene widersprechen müssten. „Parteien sind eh doof“ zu sagen, sei zu einfach. Zu
1197 sagen, dass Parteipolitik sowieso schlecht sei, sei nicht konstruktiv. Es sei
1198 weder ein individuelles noch kollektives Versagen, wenn man zu Wahlen antrete
1199 und sich entsprechend verhalte. Man mache es sich zu einfach, wenn man sage, die
1200 Grünen waren mal eine Bewegung und sind sich nicht treu geblieben. Derartiges
1201 Pöbeln sei nicht zielführend.

1202 Lene Greve (CG Hamburg): Man müsse zwischen Funktionären und uns als Bewegung
1203 noch trennen. Beispiel: Green Washing diene dem Karrierefortschritt und würde
1204 nicht mehr aus Überzeugung gelebt. Sie schreibe noch an einem Antrag, der Ä1 und
1205 Ä5 kombiniere.

1206 Lars Pieper (c:g spoho köln): Er möchte seinem Vorredner widersprechen und sich
1207 seiner Vor-Vorrednerin anschließen. Wenn man sich die Anfänge der Partei
1208 anschau, dann wisse man, dass man dafür gestritten habe, dass sich Karrieristen
1209 nicht groß machen dürften, sondern dass es dabei bleiben solle, dass nicht die
1210 Karrieristen [sic!] das Zepter übernehmen sollten, sondern radikale
1211 Basisdemokratie gelten müsse. Er empfinde das nicht als Pöbeln, sondern als
1212 berechnete Kritik. Die Kritik an der neoliberalen Parteispitze sei
1213 gerechtfertigt.

1214 Nadia Abd El Hafez (CG Hamburg): Es ginge nicht nur um Vereinnahmung von
1215 Bewegung, sondern auch um Behinderung. Die Grünen würden den ökologischen
1216 Bewegungen teilweise im Wege stehen, sie hätten sich z.B. nie zu den Forderungen
1217 von Fridays for Future bekannt.

1218 **10.2.5.1.11 Vorstellen des Änderungsantrags 12**

1219 Lene Greve (CG Hamburg) stellt einen Änderungsantrag (Ä12) vor, der Ä1 ersetzen
1220 soll.

1221 Es gehe um die Klarstellung, mehr zu trennen zwischen Funktionären und Bewegung.

1222 Eingehend auf die Kritik zum Begriff Markt sei dieser auch ersetzt worden. Sie
1223 habe außerdem eingeschränkt, dass die Konkurrenz nur von der FDP käme. Auch
1224 andere Seiten würden das tun, die FDP würde dies lediglich vorrangig tun.

1225 Armin Günther (CG Hamburg): Der Änderungsantrag sei seiner Meinung nach nicht
1226 ideal. Es sei allerdings der Position des Verbandes aktuell am nächsten,
1227 lediglich zu kritisieren und nicht abzulehnen.

1228 Es liegen mit Ä5 und Ä12 als Änderungsanträge zum selben Absatz vor. Es wird
1229 zuerst über den weiterreichenden Antrag (Ä5) abgestimmt.

1230 Abstimmungsergebnis:

1231 Ja 12

1232 Nein 7

1233 Enthaltung 4

1234 Damit ist Ä5 angenommen, Ä12 entfällt damit.

1235 **10.2.5.2 Debatten zu den Änderungsanträgen**

1236 **10.2.4.2.1 Debatte zu Änderungsantrag 9**

1237 Nadia Abd El Hafez (CG Hamburg): Es gehe um die Positionierung gegenüber der
1238 Beteiligung der Menschen von unten. Neoliberal vs. links seien die Flügel der
1239 Grünen. Sie sehe nicht, warum man sich nicht dazu positionieren solle.

1240 Ä9 wird zurückgezogen.

1241 **10.2.4.2.2 Debatte zu Änderungsantrag 6**

1242 Nadia Abd El Hafez (CG Hamburg) versteht noch nicht, warum er gestrichen werden
1243 soll. Denn im gesamten Antrag ginge es darum, das Grundsatzprogramm dem
1244 Koalitionsvertrag gegenüber zu stellen. Und das Grundsatzprogramm sei wichtig,
1245 man müsse sich zu diesem bekennen.

1246 Ä6 wird von den Antragsstellenden zurückgezogen.

1247 **10.2.4.2.3 Debatte zu Änderungsantrag 7**

1248 Nadia Abd El Hafez (CG Hamburg) möchte ihre Formulierung erläutern: Der geplante
1249 Mindestlohn würde mit Anfang 2022 zuerst um eine geringe Summe angehoben, die
1250 vollständige geplante Hebung trete erst zu Ende des Jahres 2022 ein. So wichtig
1251 sei ihr der Satz nicht, er könne auch gerne gestrichen werden. Zum Thema Wohnen:
1252 Es sei nicht möglich, diese Massen an Wohnungen zu bauen. Es müsse klargestellt
1253 werden, dass auch Enteignungen nötig seien. Dieses Konzept stehe nicht im
1254 Koalitionsvertrag, darum sei dies wichtig.

1255 GO-Antrag auf sofortige Abstimmung von Jakob Belle

1256 Jakob Belle (BAGLS): Man habe gehört, was die Gründe für den Änderungsantrag
1257 seien und warum die Antragsstellenden diesen nicht übernehmen wollen. Mit Blick
1258 auf die noch anstehenden Wahlen des Bundesvorstands, für die man zwei Stunden
1259 veranschlagen solle, solle man, obwohl auch ihm inhaltliche Debatten immer sehr
1260 wichtig seien, auch eine Wahl ermöglichen und darum so schnell wie möglich
1261 abstimmen.

1262 Armin Günther (CG Hamburg) hält Gegenrede: Die Inhalte seien wichtiger als die
1263 Wahl des Bundesvorstands. Er würde die Debatte gerne weiterführen.

1264 Abstimmung über GO-Antrag auf sofortige Abstimmung:

1265 Abstimmungsergebnis:

1266 Ja 11

1267 Nein 8

1268 Enthaltung 3

1269 Der GO-Antrag ist damit angenommen.

1270 Abstimmung über Änderungsantrag 7:

1271 Abstimmungsergebnis:

1272 Ja 3

1273 Nein 5

1274 Enthaltung 4

1275 Der Änderungsantrag ist nicht angenommen.

1276 **10.2.4.2.4 Debatte zu Änderungsantrag 8**

1277 Elias Pourmoin (c:g köln) möchte zunächst dafür plädieren, dass es nicht gleich
1278 wieder einen Antrag auf vorzeitige Abstimmung geben möge. Sie möchte keine
1279 Einschränkung der Debatte, die bei diesem Änderungsantrag sehr umfangreich sein
1280 müsse, da auch der Änderungsantrag sehr umfangreich sei. Es fügt hinzu, dass
1281 auch Grüne wie Elias den Koalitionsvertrag ablehnen könnten.

1282 GO-Antrag auf sofortige Abstimmung von Jakob

1283 Jakob (BAGLS) ergänzt die Begründung von vorigem Antrag darum, dass es keine
1284 Ablehnung der inhaltlichen Debatte sei, zu fordern, dass neben der inhaltlichen
1285 Debatte auch die Wahl des Bundesvorstands stattfinden soll. Er skizziert, dass
1286 bei nicht Stattfinden der Wahl des BuVo immense Kosten auf den Verband zukämen
1287 und der Verband nicht handlungsfähig sei.

1288 Abstimmung über GO-Antrag auf sofortige Abstimmung:

1289 Abstimmungsergebnis:

1290 Ja 15

1291 Nein 7

1292 Enthaltung 1

1293 Der GO-Antrag ist damit angenommen.

1294 Abstimmung über Änderungsantrag 8:

1295 Abstimmungsergebnis:

1296 Ja 15

1297 Nein 6

1298 Enthaltung 2

1299 Änderungsantrag 8 ist angenommen.

1300 Änderungsanträge 10, 4 und 11 entfallen damit, weil es sich um konkurrierende
1301 Anträge handelt.

1302 **10.2.4.3 Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag 4 gesamt**

1303 Lorenz Starkloff (c:g spoho köln) ist sich unsicher, wie er über den Antrag
1304 abstimmen soll, nachdem sehr viele Debatten abgekürzt worden seien. Er wünscht
1305 sich für die Zukunft, dass inhaltlich mehr Raum für Debatten geschaffen werde.
1306 Vermutlich liege es auch am Online-Format, dass die Zeit dafür fehle.

1307 Svenja Horn (CG Hamburg) möchte wissen, worüber nun abgestimmt werde.

1308 Das Präsidium erklärt, dass es um den gesamten modifizierten Antrag D4 gehe.

1309 Svenja Horn (CG Hamburg) erklärt, dass das Kritisieren des Koalitionsvertrags
1310 nicht dem Austreten aus Campusgrün oder den Grünen gleichkomme. Man müsse Kritik
1311 äußern dürfen und für seine Werte einstehen. Sie setzt sich dafür ein, dass man
1312 den Koalitionsvertrag ablehnt. Man sollte sich nicht mit Kleinigkeiten
1313 zufriedengeben.

1314 Anselm Göhring (GHSg Frankfurt) kann nachvollziehen, dass es wichtig sei, den
1315 BuVo zu wählen, findet es dennoch schade, dass die Diskussion abgekürzt worden
1316 sei. Er findet es wichtig, dass wir ein allgemeines politisches und kritisches
1317 Statement zum Koalitionsvertrag setzen, auch wenn der Ablauf nicht ideal gewesen
1318 sei.

1319 Lene Greve (CG Hamburg) fand den Ursprungsantrag sehr gut. Er hätte auf soziale
1320 Bewegungen, das Aufheben der Schuldenbremse und der Kritik an Hartz IV beharrt.
1321 Sie findet es peinlich, dass wir als Verband das schönreden und „unsere Hoffnung
1322 und Ziele aufgeben“. Es käme einem Aufgeben gleich und dem Geständnis, dass die
1323 Konkurrenz gewonnen habe, wenn wir nicht auf unseren Werten beharrten.

1324 Das Präsidium ermahnt, dass man sich nicht weiter zum Verfahren und der Stimmung
1325 äußern solle. Es sei kritisiert worden, dass zu wenig Raum zu inhaltlicher
1326 Diskussion gegeben worden sei. Jetzt, wo der Raum da sei, sollte man die

1327 geforderte Zeit doch besser nutzen, sich inhaltlich über den Antrag
1328 auszutauschen.

1329 Armin Günther (CG Hamburg) erklärt, dass CG Hamburg den Antrag zurückzieht.

1330 Nadia Abd El Hafez (CG Hamburg) erklärt, dass sie den Antrag nicht gut findet.
1331 Sie lese unseren Antrag wie den der Grünen Jugend. Es sei keine Ablehnung des
1332 Koalitionsvertrags, aber das Prädikat „ok“ würde verliehen und dies sei ein
1333 Verrat an Friedensbewegung und sozialem Engagement.

1334 Anselm Göhring (GHSg Frankfurt) erklärt, dass er den Antrag aufrechterhalte,
1335 auch wenn er nicht mit dem Ergebnis zufrieden sei. Denn Teile der Änderung seien
1336 durchaus konstruktiv gewesen.

1337 Johannes Klein (GHG Saar, BuVo) erklärt, dass er verstehe, dass es Leute
1338 frustriert, dass der Antrag abgemildert wurde. Dennoch findet er es wichtig, den
1339 Blick auf das Gesamte zu werfen. Den Vergleich mit der GJ findet er nicht
1340 angemessen. Die GJ hat ihren Mitgliedern die eindeutige Empfehlung gegeben, dem
1341 Koalitionsvertrag zuzustimmen. Dies sei nicht die Message von Campusgrün. Die
1342 Überschrift des Antrags laute „Campusgrün kritisiert den Koalitionsvertrag“. Es
1343 liege eine deutliche Positionierung vor. Er stimme Elias zu, dass bei absoluter
1344 Ablehnung diejenigen Fortschritte, die wichtig wären, gleichzeitig mit abgelehnt
1345 würden. Dies sei nicht konstruktiv und mindestens genauso ein Verrat der eigenen
1346 Ideale. Er bedankt sich bei den ursprünglichen Antragssteller*innen und plädiert
1347 dafür, dem Antrag zuzustimmen.

1348 Abstimmungsergebnis:

1349 Ja 14

1350 Nein 5

1351 Enthaltung 3

1352 Der modifizierte Antrag D4 ist angenommen.

1353 **10.3 Anträge**

1354 **10.3.1. Antrag auf Unterstützung bei Mitgliedersuche**

1355 Eingbracht durch Johann Wermter (GAHG Karlsruhe): Johann erklärt, er sehe den
1356 Antrag zwar als wichtig an und würde ihn auch gerne heute noch behandeln, sehe
1357 aber die Wahlen des BuVo als wichtiger an und sei nicht der Meinung, dass die
1358 Debatte zu dem Antrag die Wahlen des BuVo noch weiter beeinflussen würde.

1359 Er stellt damit den GO-Antrag auf Änderung der Tagesordnung, sodass der Antrag
1360 erst nach den Wahlen des Bundesvorstand behandelt werde.

1361 Es gibt keine Gegenrede. Damit ist der GO-Antrag angenommen und der
1362 Tagesordnungspunkt wird vertagt.

1363 **TOP 11 Wahlen Bundesvorstand**

1364 GO-Antrag durch Nadia (CG Hamburg) auf eine Pause von 15 min, um sich über
1365 Kandidaturen zu beraten.

1366 Es gibt eine formale Gegenrede durch Johannes Klein (GHG Saar, BuVo).

1367 Abstimmungsergebnis:

1368 Ja 14

1369 Nein 5

1370 Enthaltung 3

1371 - Pause von 15 min -

1372 Lorenz Starkloff (c:g spoho köln) stellt einen GO-Antrag auf Verlängerung der
1373 Sitzung um eine Stunde.

1374 Es gibt keine Gegenrede. Der GO-Antrag ist damit angenommen.

1375 **11.1. Wahl der*s Sprecher*in (quotierter Platz)**

1376 Emily Kraft (c:g köln, BuVo) stellt sich vor.

1377 Svenja (CG Hamburg) fragt, was uns als CG davon abhält, Neoliberalismus zu
1378 bekämpfen und lauter zu sein. Wo sei das Hindernis? Was seien Emmis konkrete

1379 Vorschläge, sich besser zu vernetzen?

1380 Emmi fände es schön, wenn der BuVo auch zu multilateralen Gesprächen einlade.
1381 Emmi findet das Arbeitsprogramm durchaus ambitioniert und findet, dass es
1382 wichtig ist, sich auch innerhalb des Verbands zu vernetzen, da keine
1383 Einzelperson in jeder Hinsicht versiert sein könne.

1384 Elias Pourmoin (c:g köln) fragt, wie Emmi als Person, die keine Pronomen
1385 verwendet, dafür sorgen möchte, auch FINTA*-Personen mehr Stimmen zu verleihen
1386 und wie diese besser vertreten werden könnten.

1387 Emmi möchte, dass mehr inter* und trans* Personen Teil des BuVo und des gesamten
1388 Verbands werden. Emmi möchte, dass inter, nicht-binäre, trans und agender
1389 Personen berücksichtigt werden und im nächsten BuVo darüber beraten werden soll,
1390 wie man damit umgehen sollte und wie man trans* Feindlichkeit bekämpfen könne.

1391 Nadia Abd El Hafez (CG Hamburg) fordert Emmi dazu auf, die durch die
1392 Redezeitbegrenzung abgebrochene Rede weiterzuführen.

1393 Emmi erklärt, Emmi möchte sich mit mehr Gruppen vernetzen und bereits bestehende
1394 Vernetzung pflegen. Bezüglich der Bewegung von unten fordert Emmi dazu auf, mit
1395 der Machtposition als BuVo achtsam umzugehen und Emmi ist zuversichtlich, dass
1396 man Maßnahmen finden könne, wie das umgesetzt werden könne.

1397 Wahlergebnis:

1398 Ja 19

1399 Nein 2

1400 Enthaltung 1

1401 Damit ist Emily Kraft zur*m kommissarischen Sprecher*in gewählt.

1402 **11.2. Wahl der*s Sprecher*in (offener Platz)**

1403 Johannes Klein (GHG Saar, BuVo) stellt sich vor.

1404 Nadia Abd El Hafez (CG Hamburg) möchte wissen, wie Johannes den Tag heute
1405 einschätzt und die Rolle des BuVo. Der BuVo würde taktische Änderungen der

1406 Tagesordnung durchpeitschen. Inhaltliche Debatten würden unterdrückt und die
1407 Basis bevormundet. Wäre mehr Rotation innerhalb des BuVo wünschenswert?

1408 Johannes erklärt, dass wie die Debatte heute abgelaufen ist, nicht ideal sei und
1409 dass dies kritisch reflektiert werden müsse. Er fände übrigens nicht, dass
1410 Debatten eine Castingarena für den BuVo seien.

1411 Lars Pieper (c:g spoho köln) fragt, ob im Falle einer Wahl Jo mitfordern würde,
1412 dass Bachelor und Master überwunden würden und entweder zeitweise oder
1413 langfristig Diplom und Magister wieder eingeführt werden sollten.

1414 Johannes gesteht, dass er keine Expertise in diesem Bereich habe. Er sei aber
1415 überzeugt, dass das Problem nicht internationale Standards seien oder die
1416 Zweiteilung des Studiums, sondern eher Regelstudienzeit, fehlende Möglichkeit,
1417 sein Studium frei zu gestalten u.Ä.

1418 Elias Pourmoin (c:g köln) bringt an, dass an der aktuellen BMV erkennbar sei,
1419 dass es ein Übergewicht an cis männlichen Personen im Verband gebe. Er möchte
1420 wissen, wie Johannes Widerstand gegen die patriarchale Übermacht leisten möchte.

1421 Johannes bedankt sich für die wichtige Frage und sagt, man müsse sich im Verband
1422 darüber viele Gedanken machen, mit einer einfachen Antwort sei das nicht getan.
1423 Es müsse gefördert werden, dass FINTA*-Personen partizipieren, an
1424 Veranstaltungen teilnehmen, sich einbringen und wohlfühlen können. Strukturelle
1425 Maßnahmen seien dazu genauso gefragt. Er ist sehr dankbar, dass es die
1426 Satzungsänderung gebe, die am gestrigen Tag beschlossen worden sei und bedankt
1427 sich für die wichtige Anmerkung und Frage.

1428 Wahlergebnis:

1429 Ja 12

1430 Nein 7

1431 Enthaltung 1

1432 Johannes Klein ist damit zum kommissarischen Sprecher gewählt.

1433 **11.2. Wahl einer*s politischen Geschäftsführung**

1434 Christina Markfort (BAGLS Bamberg, BuVo) stellt sich vor.

1435 Lene Greve (CG Hamburg) nimmt Christina als der NATO gegenüber kritische Person
1436 wahr. Sie fragt, ob es stärkere Kooperation mit Friedensbewegungen geben solle
1437 und ob man sich von Seiten des BuVos dafür einsetzen werde, sich damit zu
1438 beschäftigen, wie man den Afghanistan-Einsatz weiter organisieren soll.

1439 Christina sehe ihre persönliche Arbeit innerhalb des BuVo, da sie nicht mehr
1440 Sprecherin sei, in Zukunft nicht mehr primär in der Kommunikation. Sie würde
1441 jedoch auf keinen Fall eine Kommunikation mit Friedensbewegungen von Seiten der
1442 zukünftigen Sprecher*innen behindern.

1443 Elias Pourmoin (c:g köln): „Wie stehst du zu linken antifaschistischen Gruppen?
1444 Es gibt ja nicht nur Campusgrün, sondern auch Antifa-Gruppen.“

1445 Christina: Es gebe sehr viele Antifa-Gruppen, beziehungsweise sehr viele
1446 Gruppen, die sich als antifaschistisch bezeichnen. Es komme für sie immer darauf
1447 an, um welche Gruppe und um welche Person, auch um welchen Zusammenhang es sich
1448 handle. Sie habe auch sehr viele Gruppen erlebt, die sich als antifaschistisch
1449 bezeichnen, aber von Grund auf antisemitisch seien und sie stehe diesen
1450 feindlich gegenüber. Sie sei sehr froh, dass sie Mitglied in einem Verband sei,
1451 der überzeugt antifaschistisch sei und dies auch in seinen Grundwerten und
1452 Satzungen festgelegt habe. Sie sei persönlich stark antifaschistisch, eine
1453 pauschale Bewertung aller antifaschistischen Gruppen hält sie allerdings nicht
1454 für sinnvoll. Sie möchte keine allgemein gültigen Wahrheiten behaupten, sondern
1455 differenziert und aufmerksam urteilen.

1456 Wahlergebnis:

1457 Ja 19

1458 Nein 1

1459 Enthaltung 2

1460 Christina Markfort ist damit zur kommissarischen politischen Geschäftsführerin
1461 gewählt.

1462 **11.3. Wahl einer*s Schatzmeisters*in**

1463 Linus Mach (CG Münster) stellt sich vor.

1464 Nadia Abd El Hafez (CG Hamburg) fragt, was es denn gebe, was Linus störe und was
1465 er ändern möchte. Aus seiner Rede hätte sie herausgehört, dass er alles gut
1466 finde so wie es sei und so weiter machen wolle.

1467 Linus erwidert, dass er keinesfalls der Meinung sei, dass alles gut sei, so wie
1468 es ist. Er spricht mit Wohnen und Digitalisierung nur zwei Punkte an. Ein
1469 weiteres Thema, das Linus beschäftige, sei das Thema psychische Gesundheit. Er
1470 habe in seiner Zeit als AStA-Vorsitzender sehr viel darüber gelernt. Er sei in
1471 seiner Rede deshalb nicht so ausführlich auf Inhalte eingegangen, weil seine
1472 Aufgabe als Schatzmeister vor allem struktureller Natur sei.

1473 Armin Günther (CG Hamburg) möchte wissen, wie Linus' persönliches Verhältnis zu
1474 den Grünen sei.

1475 Linus erwidert, dass er Mitglied der Grünen Jugend sei, sich dort auch mit
1476 Bildungspolitik beschäftige, auch Mitglied bei den Altgrünen sei, dort
1477 allerdings nicht weiter aktiv sei.

1478 Lene Greve (CG Hamburg) fragt, ob Linus schon eine Idee dazu erarbeitet habe,
1479 wie Emanzipation auch Spaß machen könne und trockene Aufgaben wie die des
1480 Schatzmeisters Spaß machen könnten. Außerdem interessiere sie, wo Linus das
1481 Potential sieht, sich gegenüber den Grünen zu positionieren.

1482 Linus erwidert, dass er grundsätzlich nicht der Meinung ist, dass Finanzen
1483 trocken seien, hierbei handle es sich auch um politische Entscheidungen, denn es
1484 gehe auch darum, wohin das Geld fließe. Er bedauert, dass der Eindruck
1485 entstanden sei, er würde alles als Arbeit begreifen und als würde es ihm keinen
1486 Spaß machen. Selbstverständlich freue er sich auf die Aufgabe.

1487 Abstimmungsergebnis:

1488 Ja 17

1489 Nein 2

1490 Enthaltung 3

1491 Linus Mach ist zum kommissarischen Schatzmeister gewählt.

1492 **11.4. Wahl der Beisitzenden (2 quotierte Plätze)**

1493 Es liegt eine Bewerbung von Maret Speemann (CG Münster) vor.

1494 Maret stellt sich vor.

1495 Anneke Hoffmeyer (GHG Bonn): Maret hätte gesagt, volle Hörsäle würden die
1496 psychische und physische Gesundheit der Studierenden belasten. Hieße das, sie
1497 spreche sich gegen Präsenzlehre aus?

1498 Maret: „Nein, ich bin nicht gegen Präsenz. Das Recht auf Präsenz soll
1499 beibehalten werden. Es geht mir darum, dass die Hörsäle nicht überfüllt sein
1500 sollen, weil Studierende sich darin unwohl fühlen, weil sie Angstzustände
1501 erleben und es ihre Gesundheit belastet. Was ich fordere, ist die Möglichkeit
1502 und Option auf Hybrid, denn Vorlesungen sind wichtig für die
1503 Klausurvorbereitung.“ Es gehe also um das Schaffen von zusätzlichen
1504 Möglichkeiten, nicht um das Abschaffen von Präsenz. Studierende sollen sich
1505 wohlfühlen können.

1506 Ken Alan Berkpinar (GHG Bonn): Wo siehst du deine Schwerpunkte?

1507 Maret: FINTA*-Förderung, Queerfeminismus, Inklusion, Unterstützung des BuVo und
1508 Entlastung.

1509 Wahlergebnis:

1510 Ja 19

1511 Nein 2

1512 Enthaltung 1

1513 Maret Speemann ist zur kommissarischen Beisitzenden gewählt.

1514 **11.5. Wahl der Beisitzenden (1 offener Platz)**

1515 Da es nur ein quotierter Beisitzer*innenplatz gewählt wurde, steht nur ein
1516 offener Platz zur Verfügung.

1517 Anselm Göhring (GHSG Frankfurt) stellt sich vor.

1518 Elias Pourmoin (c:g köln) möchte fragen, was Anselm unter politischer Arbeit

1519 verstehe. Auch an ihn möchte er die Frage stellen, wie er sich zum Thema FINTA*
1520 positioniere. Er sei auch eine cis männliche Person. Wie möchte Anselm sich
1521 dafür einsetzen, dass mehr FINTA* Personen in den BuVo finden und BuVo-Personen
1522 unterstützt würden?

1523 Anselm definiert politische Arbeit als den Kampf für soziale Gerechtigkeit, auch
1524 für FINTA*-Personen. Er freue sich auch auf den Input aus dem Verband.

1525 Jonas Michalczyk (GHG Passau) fragt, inwieweit Anselm Landesverbände
1526 unterstützen möchte.

1527 Anselm erwähnt, dass er es sehr wichtig finde, die Verbindung zu den
1528 Landesverbänden zu halten und die Kommunikation zu verbessern. Es gehe darum,
1529 das Wissen zu bündeln und dass alle darauf zugreifen könnten.

1530 Kai Oswald (GAHG Karlsruhe)möchte wissen, was ihn bewogen habe, sich doch noch
1531 so kurzfristig zu bewerben.

1532 Anselm erklärt, dass er es vercheckt hätte, sich fristgerecht zu bewerben. Die
1533 Bewerbung hätte er aber schon länger geplant gehabt.

1534 Jonas Michalczyk (GHG Passau) stellt sich vor.

1535 Lene Greve (CG Hamburg) findet seinen Beitrag zum Thema psychische Gesundheit
1536 interessant, weil er ein ganzheitliches Bild widerspiegle, das sowohl soziale
1537 als auch internationale Dimensionen beleuchte. Sie möchte wissen, wo der
1538 Zusammenhang zwischen der psychischen Gesundheit und Bologna bestehe.

1539 Jonas sieht es als unglaublich wichtig an, dass man sich damit auseinandersetze,
1540 er kenne sich mit Bologna nicht explizit aus, weil er selbst Jura studiere,
1541 kenne aber das Problem von Stress sehr gut und möchte sich darum dafür
1542 einsetzen, dass dieser für Studierende allgemein abnehme.

1543 Nadia Abd El Hafez (CG Hamburg) möchte wissen, was Jonas von Antifaschismus hält
1544 auch in Bezug auf Hochschulen.

1545 Jonas antwortet, dass Antifaschismus ein sehr komplexes Thema sei und er sich
1546 auch im Kontext mit Corona-Leugner*innen damit beschäftigt habe. Er kritisiert,
1547 dass sich einige Corona-Leugner*innen mit vom Nationalsozialismus verfolgten
1548 Personen gleichstellen würden.

1549 Johann Wermter (GAHG Karlsruhe) fragt, warum Jonas sich ausgerechnet im BuVo für
1550 die verfasste Studierendenschaft einsetzen möchte, warum er das nicht auf Ebene
1551 des Landesverbands tue.

1552 Jonas antwortet, dass auf Ebene des Bundesvorstands die Vernetzung mit der
1553 verfassten Studierendenschaft besser möglich sei.

1554 Wahlergebnis:

1555 Jonas 12

1556 Anselm 6

1557 Nein 1

1558 Enthaltung 1

1559 Damit ist Jonas zum kommissarischen Beisitzenden im Bundesvorstand gewählt.

1560 **11.6 Nominierung von Personen für das Bildungswerk**

1561 Nominiert von Seiten des BuVo sind Emily Kraft (c:g köln), Johannes Klein (GHG
1562 Saar) und Christina Markfort (BAGLS Bamberg). Über diesen Vorschlag wird
1563 abgestimmt.

1564 Abstimmungsergebnis:

1565 Ja 17

1566 Nein 0

1567 **Enthaltung 1**

1568 Der Vorschlag ist angenommen.

1569 **TOP 12 Nachwahlen Bundesschiedsgericht**

1570 Juri Biswas (GHG Passau) stellt sich vor.

1571 Wahlergebnis:

1572 Ja 16

1573 Nein 0

1574 Enthaltung 1

1575 Juri ist kommissarisch gewählt.

1576 - Ende des offiziellen Teils der BMV um 14:58 --TOP 13 ff. entfallen

1577 **Danksagungen**

1578 Der BuVo bedankt sich bei allen Teilnehmenden, Antragsstellenden,
1579 Änderungsantragsstellenden, den Organisator*innen vor Ort, dem Präsidium, der
1580 Schriftführerin sowie Özlem und Mariana in der Bundesgeschäftsstelle.

1581 *In diesem und allen anderen Wahlgängen wurde die Wahl angenommen, wenn nicht
1582 anders vermerkt. Kommissarisch ist die Ausübung des Amts durch die betreffenden
1583 Personen bis zur Bestätigung durch die Briefwahl.